

Eröffnet täglich
 mittags mit Musik
 von 12 bis 1 Uhr
 +
Bezugspreis
 monatlich 80 Pfennig frei
 ins Haus, durch die Post
 gegen Vorkauf
 1.00 Mk. ohne Postgeb.
 +
„Die Neue Welt“
 (Anstaltsorgan),
 monatlich 10 Pfennig.
 +
 Anstalts-Redaktion:
 Schriftleitung: Nr. 839,
 Sachleitung: Nr. 1047.

SOZIALSTAMM

Abzugsgebühr
 beträgt für die 6 wöchentlichen
 Monatshefte ab dem Monat
 90 Pfennig,
 für spätere Abzüge
 25 Pfennig.
 Abzüge unterm Exzepte
 die Seite 76 Pfennig.
 +
Anzeigen
 für die ersten 5 Zeilen
 müssen spätestens bis
 mittags 10 Uhr in der
 Geschäftsstelle eingegangen
 sein.
 +
 Eingetragen in die
 Postzeitungsliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
 Haupt-Geschäftsstelle: Herz 42/3. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. u. Schriftleitung: Herz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Sie Reich, hie Preußen!

Wer ist der Schuldige an der Junkerherrschaft?

Die Wettezgeren deuten auf Sturm! Die Festigung oder Verjämmerung der Junkerherrschaft — um diese Frage dreht sich im Kern der Sache die jüngsten Auseinandersetzungen im Reichstag und im preussischen Abgeordnetenhaus. Die schweren Niederlagen des Junkerregiments im Reichstage peitschen die Wut der junkerlichen Vorführer bis zur Sinnlosigkeit auf. Sie hätten für den Bekarpihen Antrag auf Erlass eines Gesetzes zur Anhebung des Koalitionsrechts nur 63 Stimmen aufgebracht; zur Verteidigung der halatistischen Polenpolitik fanden sich, trotzdem sich da noch die Nationalliberalen auf die Seite der Junker schlugen, nur 97 Mann auf. Der junkerliche Grimm darüber ist begrifflich. Bezeichnend für diese Seite ist es, daß ihr Wut nicht im Reichstage, sondern im preussischen Dreiflassenhaufe endete, wo der junkerliche Wut inmitten einer größeren Anzahl von Weltanschauungern an Spannkraft gewinnt. Und wie es von unserer Seite im Reichstage vorausgesetzt wurde, ist aus dem Gegenfah des preussischen Wahlsrechts zu dem des Reichs ein tiefergehender Wut entstanden; die preussischen Junker haben dem Reich die Rede angefangt: Sie Preußen, hie Reich! Sie Junkerherrschaft, hie Volksheerrschafft! Das sind die Forderungen, die vernehmlich herbeidoröhnten aus den Debatten im Reichstage und im Landtage. Dafür zu sorgen, daß sie auch den kommenden Wahlen ihr Gepräge aufdrücken, ist Aufgabe der Sozialdemokratie.

Der Kampf gegen das herrschende Junkertum und seine bureaukratischen Handlanger in den Regierungskämern wäre heute schon ein gewonnenes Spiel, wenn diejenigen Parteien, die die Interessen des Volkes zu vertreten haben, in einer zeitweiligen Opposition gegen das Junkerregiment zu einem folgerichtigen und entscheidenden Kampf gegen diesen Fort des Wutschritts an der Seite der Sozialdemokratie ausgetreten, wenn sie vor allen Dingen mit uns zusammen alles dransetzen würden, um zunächst das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlsrecht, mindestens im Umfang des Reichstagswahlrechts, auch für Preußen zu erringen und zu erringen.

Dafür liefern gerade die Abstimmungsverhältnisse bei dem Wuttrauensvotum des Reichstags wegen der preussischen Entgegnungspolitik gegenüber den Polen den schlagenden Beweis. Für das Wuttrauensvotum erklärten sich 213 Abgeordnete, dagegen 97; es entschieden sich 48. Aber diese 48 muß man zu den Gegnern der Entgegnungspolitik selbst zählen. Für die 30 Mitglieder der Fortschrittspartei wurde das ausdrückliche erklärt, wenn sie auch aus „Zufriedenheitsdenken“ für das Wuttrauensvotum nicht stimmen wollten. Außer ihnen haben sich noch zwei süddeutsche Bauernbündler, der sächsische Antikemist Gräfe und der Graf Posadowski der Abstimmung angeschlossen. Dieser sind sie indes nicht für die Anhänger der Entgegnungspolitik zu rechnen. Für diese Politik traten also nur 97 Mitglieder ein, dagegen 256.

Nach übereingeworfenen Wut, wenn man die Wutlerfassen bekennt, die hinter jenen Abstimmungsverhältnisse stehen. Wenn man selbst die Antikemisten in Wutgen, sowie die Wähler des Grafen Posadowski, die an seiner Seite wohl auch einem nationalliberalen Halatistischen ihre Stimmen gegeben hätten, zu den Anhängern der preussischen Polenpolitik rechnet, dann stellt sich die Gesamtrechnung so:

für die Polenpolitik der Regierung	3873 796 Stimmen
dagegen	8 533 733
unter insgesamt	12 207 529

bei den allgemeinen Wahlen im Januar 1912.
 In Prozenten umgerechnet ergibt das 30 Prozent der Wähler für und 70 Prozent gegen die halatistische Regierungspolitik.

Für den preussischen Wahlschicksal ist diese Abstimmung aber deshalb so symptomatisch, weil das Eintreten für und gegen den Salatismus sich genau deckt mit der Stellung der Parteien für und gegen die Einführung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlsrechts in Preußen, wenigstens, was die programmatischen Erklärungen der Parteien anbetrifft. Zweifelschaft ist höchstens, ob nicht auch unter den Wählern der halatistischen Parteien noch manche Gegner des Dreiflassenwahlrechts sind. Das Stimmenverhältnis verschiebt sich auch nur unwesentlich, wenn man aus der Zahl der Stimmen im Reich die preussischen herauszieht. Dann ergibt sich 32 Prozent für und 68 Prozent gegen die Regierungspolitik. Von den preussischen Stimmen hätten aber Junkertum und Reichsregierung gleichfalls nicht einmal ein Drittel für sich.

Wenn aber in einem Staate mehr als zwei Drittel der Bevölkerung eine Regierungspolitik mißbilligen und ein bestimmtes Wahlrecht beurteilen, so würde bei einem verfassungsmäßigen Regime die Regierung zur Amtsniederlegung gezwungen sein, und das Wahlrecht müßte geändert werden. Im Deutschen Reich gilt allerdings diese konstitutionelle Regel nicht. Wohl aber wird sich auch hier ein Regierungssystem nicht lange halten können, das eine starke Zweidrittelmehrheit gegen sich hat.

Darum erklärt sich die Wut der Junkerseite. Sie selbst will im Landtag die Macht ausüben nach konstitutionellen Grundsätzen, die sollen aber beileide nicht gelten für den Reichstag. Herr

v. Kardorff proklamierte deshalb ein preussisch-deutsches Staatsgrundgesetz mit doppeltem Boden: „Wir verlangen, daß die preussischen Stimmen im Bundesrat sich unserer Auffassung anschließen“ — was er weiterhin ergänzte durch den Satz: „Wir warnen die Regierung, insofern wir wollen die Regierung scharf machen, daß sie seiner Reichstagsmehrheit nachläßt. Ein Parlament muß geführt werden.“

Der Doppelrede kurzer Sinn ist also: die preussische Regierung und die Reichsregierung in ihrem Gefolge haben der Führung des preussischen Abgeordnetenhauses zu folgen. Die von preussischen Abgeordneten geführten Reichsminister müssen sich aber stets dem Reichstag widersetzen, wenn er eine Politik einflößt, die den preussischen Junkern nicht in den Kram paßt. Herr Diabio v. Zedlitz betätigte dann die Kardorffsche Maxime noch durch den tollen Auspruch, das Wuttrauensvotum des Reichstags sei genau so belanglos, als wenn er beschloffen hätte, die Sonne solle nicht mehr scheinen.

Diese ganze junkerliche Großtuerie würde durch das Erschließen des deutschen Volkes erledigt werden, wenn, ja wenn es nur den bürgerlichen Parteien ernst wäre mit ihrer Opposition gegen das Junkerregiment. Die junkerlichen Vorführer können sich aber ihre Herausforderungen erlauben, weil sie stets wieder auf die Bundesgenossenschaft der nährlichen bürgerlichen Parteien rechnen können, die ihnen gegen noch die Forderung. Das Zentrum läßt die konservative Partei nicht fallen, weil sie mit ihr zusammen agrarische Politik treiben will. Die freisinnigen wiederum betradeten alle politischen Vorgänge unter dem Gesichtswinkel der Konkurrenz mit dem Zentrum.

Wäre es dem Zentrum und den Freisinnigen ernst mit ihrer Opposition gegen Regierung und Junkertum, so würden sie jene beschließlose Herausforderung ihrer Vorführer im preussischen Abgeordnetenhaufe baruch beantworten, daß sie an der Seite der Sozialdemokratie einen entschlossenen Kampf aufnehmen zur Erringung des Reichstagswahlrechts für Preußen, einen Kampf auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Die Wahlen für den Reichstag sowohl wie für den preussischen Landtag müßten unter dieser Parole ausgefochten werden. Nachher, wenn der Sieg errungen, die Junkerherrschaft gebrochen und die Wahlreform durchgeführt ist, würde es für beide Parteien immer noch Zeit sein, das, was sie von der Sozialdemokratie trennt, im Kampfe gegen sie im Reich und Staat zur Geltung zu bringen.

Aber man braucht die Frage nur so zu stellen, um sich klar darüber zu werden, daß eine solche zielbewusste und tatkräftige Bundesgenossenschaft unmöglich ist, eben wegen des Wutens der bürgerlichen Parteien, die dafür in Betracht kommen. Das Zentrum läßt sich lieber die halatistische Polenbeschimpfung und selbst das Verhängnis trug allem Wutren gefallen, als es eine agrarischen Bundesgenossen das Genick brechen hilft. Aber auch die Freisinnigen müßten zwar den schwarzblauen Wut in eine Minorität drängen, aber nur, um mit den Nationalliberalen zusammen die Entscheidung in die Hand zu bekommen, so daß sie entweder für imperialistische Zwecke mit den Schwarzblauen, oder mit den Sozialdemokraten für liberale Zwecke eine Mehrheit bilden können. Zentrum wie Liberale aber fürchten gleichmäßig, daß sie selbst der Sozialdemokratie nicht mehr schankhalten können, wenn die Macht des Junkertums gebrochen ist. So ist die Sachhaftigkeit des Bürgerturns schuld an der Fortdauer der Junkerherrschaft.

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 6. Februar 1913.

Die ruhmvolle deutsche Sozialpolitik.

Reichstagsbrise.

Jeder Tag der Spezialdebatte des Etats des Innern bringt neues Material zur Klärung des unglücklichen Mischbrauchs Schlagwortes von der glänzenden deutschen Sozialpolitik. Welches Gebiet auch behandelt wird — immer wieder zeigt sich die Minderbarkeit und trübselige Unvollkommenheit dieser mit den größten und schönsten Verbinungen eingeleiteten Gesebegebung. „Wir haben gar keinen Grund, uns andern Ländern gegenüber aufzupfeien“, sagte am Mittwoch mit voller Berechtigung Genosse Körten und er zitierte als wirklich überzeugenden und unwiderleglichen Beweis das Beispiel Englands, das 280 Millionen Mark jährlich für seine Versicherungen ausgibt, in zwei Jahren also fünfzig bezahlt haben wird wie Deutschland in 18 Jahren!

Das Reichsversicherungsamt gelangte zuerst zur Versicherung. So zitierte konnte aus den reichen Erfahrungen, die er als Gewerkschaftssekretär gesammelt hat, nichts an sich lebendiges Material herbringen. Er wandte sich vor allem dagegen, daß der Bundesrat zu wenig Gebrauch macht von der Ermächtigung, auch die Verursachungsseiten zu den Vertriebsunfällen zu rechnen, und daß eine schablonisierende Praxis eingerissen ist. Sehr interessant waren auch seine Angaben über die merkwürdig segensreichen Wirungen der Reichsversicherungsordnung, die es ermöglicht hat, daß beispielsweise die Landesversicherungsanstalt Berlin 53 000 Mark an Witwen und Waisen in demselben Jahre ausgezahlt hat, in dem sie 737 000 Mark erparte, die sonst an die Witwen gezahlt worden wären. Einige kritische Gewerkschaftssekretäre, die heute der Reihe nach aufmarschieren, lehnten, wie es sich für sie gehört, dieses „abfällige Urteil“ ab, mußten aber doch gegen eine Reihe von Schätz-

ungen Einspruch einlegen, von denen die Genossen Kaubadel und Sacke nachwiesen, daß sie gerade beim Wutum des Zentrum zu verhandeln sind. Genosse Kaubadel protestierte vor allem gegen die Aufspießung großer Vermögen durch die Landesversicherungsanstalt, während der eigentliche Zweck jeder sozialen Gesebegebung unerfüllt bleibt. Ueber die Verhältnisse im Baugewerbe sprach Gen. Silbermann, der die unerhöht geringe Zahl von Revisionen — nur 9 bei 21 000 Betrieben und 260 000 Beschäftigten — mit aller Entschiedenheit rügte. Er regte die Schaffung eines Fonds zur Entschädigung für Erfinder auf dem Gebiet der Unfallverhütungsschicht an und verlangte schließlich sowohl die Anstellung von Baukontrollgebern aus dem Arbeiterhaufe wie auch die Eingziehung von Vertretern der Arbeiterorganisation bei den Beratungen über die neuen Unfallverhütungs-Vorschriften.

Das Kapitel Aufsichtsräte für Privatversicherungen gab Gelegenheit zu einer Ausdrache über die Denkschrift, die die Regierung über die Abkommen der Versicherung vorgelegt hat. Genosse Kaubadel sprach sein Erntommen aus über die auffallende Schlußfolgerung der Regierungserheit: daß die Wutmentenversicherung von großer wirtschaftlicher Bedeutung sei. Er betonte demgegenüber, daß die Denkschrift ihn von der Notwendigkeit eines gesetzgeberischen Einschreitens noch mehr überzeugt habe. Dieser Auffassung schloß sich der Zentrumstreiber Dr. Maroun an, während der Nationalliberale Dr. Jund sich mehr der Regierungs-Anschauung näherte, die von dem Ministerialdirektor Caspar zu begründen versucht wurde. Die Debatte über den Etat geht Donnerstag weiter.

Die Substitutionsreden gehen los.

„Wohlfahrt Gottesfürcht Mehr Soldaten!“ Wilhelm II. beginnt jetzt wieder zu reden. Da die patriotischen Preußen in diesem Jahre sein fünfundsiebzigstes „Regierungsjubiläum“ feiern und zugleich dem Gedenken der Befreiungskriege gegen Napoleon geräuchvolle Heftigkeiten widmen, so wird Wilhelm II. wieder genällig auf seine Stimme erlösen lassen. Er begann bereits in Königsberg, wo er mehrmals sprach, aus jenen seiner Neben mögen die folgenden Sätze registriert sein:

Staat und Land erfreuen sich des Wohlfandes. Aber die Ereignisse vor 100 Jahren mahnen uns einbringlich daran, daß nicht kriegerische Lorbeeren, nicht Wohlfand, Macht und Ansehen am letzten Ende das Schicksal und die Zukunft eines Volkes sichern, sondern allein die sittliche Kraft, die ihm innewohnt, ohne sie hätte unser Volk vor 100 Jahren die schwere Prüfung nicht bestehen können. Die Wurzeln dieser Kraft müssen in der Gottesfürcht, der Pflichttreue und der Liebe zu König und Vaterland. Wir können den heutigen Gedanktag nicht schöner begehren, als durch das erneute Gelübnis, uns unserer Bezagungheit und unserer Väter allezeit würdig zu erweisen und die uns als Sittliches Erbe überkommenen Ideen und religiösen Güter zu pflegen und zu wehren für den opferfreudigen Dienst am teuren Vaterlande.

Alfa: mehr Gottesfürcht, mehr Religion, mehr opferfreudigen Dienst. In der zweiten Rede hieß es: Der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, diesem persönlichen und größten Opfer des preussischen Volkes hat es das Vaterland in erster Linie zu verdanken, wenn es sich heute seines Wohlfandes und seiner Machtstellung im Frieden erfreuen und jeder Bürger unbeforgt vor fremden Störungen seinem Geschäft und Gewerbe nachgehen und das Glück seines Hauses schmücken kann. So soll es, will's Gott, auch in Zukunft bleiben. Und wenn sich jetzt eine Verstärkung dieses Fundaments im Rahmen der allgemeinen Wehrpflicht als notwendig erweist, zweifle ich nicht, und darin beharrt mich der heutige Tag, daß das deutsche Volk zur Uebernahme weiterer persönlicher Opfer nach dem rühmlichen Vorbilde unserer Väter freudig bereit sein wird.

Ergebnis des ersten Medetages: Dem deutschen Volke geht es gut; es erfreut sich des Wohlfandes; jeder Mann das Glück seines Hauses schmücken. (Die im Wohlfande lebenden Millionen deutschen Proletariate befähigen das als richtig!) Deshalb: Religion! Wutbürgerliche Soldatenverehrung! Und noch allem Opferfreudigkeit!
 Die ihr Glück und ihren Wohlfand schmiedenden Arbeiter befähigen auch das als richtig!

Preussische Steuerpolitik.

Die Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses erwiderte am Mittwoch den Etat der Steuern und Abfe. Es wurde mitgeteilt, daß die Erträge der Einkommensteuer für das kommende Etatjahr um 2 1/2 Millionen, das sind 4 Prozent mehr als im Vorjahre, veranschlagt sind. Es gibt in Preußen 87 Personen, die ein Einkommen von mehr als einer Million im Jahre haben; ein preussischer Staatsbürger hat ein Einkommen von 16 1/2 Millionen jährlich! Aus der Debatte ist hervorgehoben, daß von fortschrittlicher und nationalliberaler Seite wieder, aber bezweifelnd, das Verlangen erhoben wurde, die Landräte aus der Steuererhebung auszuscheiden und durch technisch ausgebildete Beamten zu ersetzen. Dabei wurde mitgeteilt, daß 37 1/2 Prozent aller Steuererklärungen in den Landgemeinden und Amtsbezirken nachträglich haben berichtigt werden müssen. Die Steuerzahler erklären aber, daß sie die

Erlaubt. Das hat das Bild über den Wutentzug, der nun an dem anderen Seite, kaum mehr ein wenig mit dem Wut...

richtiger, lebendiger Wutgen genauen sein, nach dem einer mit 1 mehren gläubigen es nicht, alle aber...

43

Landräte nur dort ausgeführt wissen wollen, so ist es außerordentlich umfangreiche Geschäfte zu erledigen haben, wie im Westen und in den Industrieregionen. Also die Gutbesitzer des Ostens fühlen sich bei der jetzigen Veranlagungs-Methode durch die Landräte sehr wohl, obgleich der bekannte Erlass des Finanzministers von 1912 festgelegt hat, daß das Veranlagungsgesetz durch die Landräte nicht in entsprechender Weise ausgeübt wurde.

Der Minister wurde gefragt, ob die Regierung die Verabschiedung der Steuerreform noch vor der Auflösung des Landtages anstrebe, da diese Noelle doch eine gerechtere Besteuerung möglich machen würde. Minister Dr. V. L. v. E. antwortete, daß er ja das Zustandekommen der Steuerreform wünschte, daß aber eine Verabhandlung im Plenum solange keinen Zweck hätte, als nicht eine Vereinbarung zwischen den Parteien zustande komme. Die Steuerreform ist als ein beschränkter Versuch, der von den Wählern, durch eine Frage ob die Stempelheben von Erbschaften auch weiter bestehen oder verbleiben oder nicht vielleicht noch nicht entschieden werden, der Minister erklärte, daß er davon nichts wisse. Er stellte sich überhaupt so, als ob er von den ganzen neuen Finanzreformplänen des Reiches noch nichts gehört hätte. Nebenfalls erklärte er, könnten die Pläne aber auf den diesjährigen preussischen Etat noch keinen Einfluß haben.

Das sind die Fortschrittspoliten!

Das führende Organ der fortschrittlichen Volkspartei, die Preussische Zeitung, erhebt furchtbare Klagen wegen Zurücksetzung ihrer Führer, derer — Ministerpräsidenten, die in der herrlichen Fortschritt — Partei, der Führer des fortschrittlichen Bureauismus Schulerz, v. E. l. v. H. in der ersten preussischen Landtage. Die Firma „Bon Gottes Gnade“ hat Bankrott gemacht, wir dürfen sie nicht ins neue Geschäft (die preussische Verfassung) hinübernehmen. Und jetzt reisen sich die modernen Schulten, um die ersten Pläne an der Kaisergeburtstagstag. Doch man muß das Klagede der Preussischen Zeitung selber hören. Es heißt da:

Im Reichstagswahlkreise Schwednitz-Striegau ist bei der letzten Wahl der bisherige konservative Abg. Herr v. Nächsthofs-Damsdorf unterlegen. Der Herr der Konservativen richtete sich nun gegen die Fortschrittler, insbesondere gegen ihren Führer im Kreise Striegau, Herrn Kerber, der Herr Kerber des fortschrittlichen Striegauer Anseigers. Herr Kerber ist seit 21 Jahren Stadtvorstand, seit mehreren Jahren Stadtvorstandsvorsteher, und in dieser Eigenschaft wurde er stets in das Komitee zur Vorbereitung des offiziellen Kaiserfestes berufen, an dessen Spitze der Herr Kerber v. Nächsthofs-Damsdorf steht. Er erhielt immer als Vertreter der Bürger der Stadt in den Reichstagswahlen. Am 7. Januar 1912, nach dem Wahlergebnis des Herrn v. Nächsthofs-Damsdorf, kam der Stadtvorstandsvorsteher eine ganze Anzahl Plätze „herunter“ an die Seitenaltäre unten, und der Landrat war so tollkühn, in seinem Kaiserfest ein Klagede über das Schwinden der Vaterlands- und Königstreue anzuführen und daran den sehr deutlichen Hinweis anzuschließen: „Leider gibt es auch unter uns Männer, die...“ Herr Kerber vertrat trotzdem nach wie vor seine politische Überzeugung und trat sogar an die Spitze der ungelieblichen fortschrittlichen Kreisorganisation. Die Strafe blieb nicht aus. Bei dem diesjährigen offiziellen Kaiserfesten schickte Herr Kerber, denn der Landrat hatte den Stadtvorstandsvorsteher über das Haupt nicht mehr eingeladen. Das ist die erste Strafe, die er als Mitglied der Stadtverwaltung erhalten hat. In diesem Fall nicht von irgendwelchen Agitatoren und Demagogen, sondern von einem Landrat ausgeht. Der Herr Kerber, an eine Seitenaltäre unten, und nun gar nicht eingeladen zu werden, ist überaus empört. Bei diesen unseren tapferen „politischen Verbindungen“, derenungegen wir sogar den Wahlkampf 1912 dämpfen, in welchem Weisheit mitfühlt die Hand. Möge Herrn Kerber bald ein Orden wegen seiner so schönen abgewiesenen Kaiserreise ins Knopfloch gesteckt werden.

Dampfer und Droschel!

Das Kriegsbeben ist ein lohnendes Geschäft! Die wäsenden Schweißfüße, die jeden Tag andere Nationen in Gefahr und Abenenture schicken, das eigene Nationalitätssich zu fanatisieren beschließen, liefern den „Reichern“ mit Vermögern Kriegsgeräten und Schießpulver. Und die Geschäftspatrioten können mit dem Erfolg ihres heftigen Eifers zufrieden sein. Fleißig kaufte das Ausland zu erhöhten Preisen Waffen und Munition. Im Jahre 1912 wurden aus Deutschland 18719 Doppelgewehr Feuerwaffen ausgeführt, genau doppelt soviel als im Jahre vorher. Da zeigt sich doch der Mühe Preis! Glanzender noch war das Pulvergeschäft. Die Ausfuhr an Sprengstoffen, Schießpulver und Zündwaren — für 1911 in der Statistik mit 143715 Doppelzentner im Werte von 38 Mill. M. bezeichnet — ergab im letzten Jahre 212659 Doppelzentner im Werte von 645 Mill. M. Der Wert nach aber um 70 Proz. Es ist eine Lust, den Feind gegen das heilige Vaterland auszurichten. Das bringt doch wenigstens was ein! Wie noch beherzter werden mag, ist die Einfuhr — auch wir kaufen und erhalten von den „Gegnern“ Kriegs- und Fortschrittsgeräten — zurückgegangen. Bei den Feuerwaffen von 2128 Doppelzentner auf 211 Doppelzentner und bei den Pulvern waren von 7040 auf 6854 Doppelzentner.

Selbstverständlich sind die Geschäftspatrioten neutral; sie liefern an jeden Staat die besten Waffen, die allerbeste Munition. Das heimliche Ausland gehört genau so gut zu Kunden unserer Werbemittelindustrie wie das „perfide“ Albanien. Die Hauptabnehmer sind natürlich zurzeit die an dem Balkankrieg stark interessierten Staaten: die Türkei, Rumänien, Bulgarien, Griechenland, auch Österreich-Ungarn hatte große Bedürfnisse. Und der Wahnwitz: Voller Europas, schütz eure heiligen Güter! hinderte auch nicht, Japan und China mit den neuesten Erfindungen der modernen Vordervorgeschichte zu versehen. Der Nationalismus ist den Geschäftspatrioten ein Mittel, die Geschäftskasse zu öffnen, um sie zu füllen. Leider traut ein großer Teil der Völker immer noch dem Schwindel der infamen Kriegsbeher.

Pringenverforgung.

In der Münchner Post lesen wir: Ein Sohn des Pringen Adalbert wehrwundersamen Angebentens hat Medizin studiert und ist bei jeder auch aus. Mäander arme Patient in München Krankenhause ging ihm aus Mangel — die Gabelt bildet sich nämlich ein — ganz normale Szenen spielten sich bei diesen Operationen ab, was die Münchner Post der würdevollen Lokalität, der Ärzte immer pringischen Kollegen gegenüber seinerzeit ein Ende machte.

Seither hat der pringliche Medizinmann im stillen sein Wesen getrieben und sich, einer angenehmen Reizung folgend, mehr auf die weibliche Praxis gelegt.

Es können Wundergeschichten davon erzählt werden, wenn nicht die Mühseligkeit auf die armen und einseitigen Opfer von davon abhielt. Und im übrigen sind die Vorgänge in diesem Betrieb, soweit sie nicht in Körperverletzung ausarten, ja Privatangelegenheiten der Willigen. Ob nun der hohen Gattin, was begreiflich wäre, die medizinische Rückabgabe ihres Ludwig Ferdinand auf die Kerben ging, ob es andere Gründe gab, die Praxis aus dem pringlichen Palais zu verlegen — der hohe Arzt ging eines schönen Tages auf die Suche nach einer fruchtbareren Unterkunft für seine Heilanstalt. Er fand offenkundig nichts Besseres und wandte sich darum an den Kaiser in allen pringlichen Höhen, an den Minister des Reiches — bitten, um ihm und ihm wurde geholfen. Auf Verfügung des homogenen Ministers der Bildung, des Ritters v. Arnim, wurde dem Dr. med. Ludwig Ferdinand eine Unterkunft im alten Reichsministerium eingeräumt. Die medizinische Fakultät legte zwar ihr Veto ein gegen diese offizielle Etablierung einer ihr in ihren Gefahren bekannten pringlich-politischen Tätigkeit, allein Herr Arnim setzte sich darüber hinweg, wie die homogene christliche Regierung sich in Bayern überhaupt über Gesetz und Recht hinwegsetzt.

Im Namen des Königs preist das gegenwärtige Kabinett auf Verschaffung und Verantwortlichkeit und „regiert“, daß es Staaten während des Bürgerkriegs dienen). Er und Jadin waren ein befreundet. Beide waren fast gleichzeitig nach Chicago gekommen und dort reich geworden. Sie gehörten demselben Klub an und frühlich täglich zusammen bei den Klubs; in einem Connabene-Nachmittag um den andern abwechselnd führen die Freunde einander mit ihren Trabern in den besten Jäten, bis der Jäten ist der letzte, was die Jäten Lage dem Geschäft frei, um in Genesee in Wisconsin zu ziehen.

„Was ich sagen wollte“, bemerkte Jadin, „ich habe eben draußen im Kundenzimmer einen alten Mann gesehen, der mich an Dargus erinnerte. Sie entziehen sich des großen Gorgens, den er damals durchdrücken wollte, er ist wohl dann gestorben.“ „Er ist tot“, sagte Dargus, „aber in meiner Seele, an die Iunzenberg oder gar Ianzig Jahre sein.“

Um diese Iunzenpensation, von der Jadin sprach, hatte sich an der Produkturbörse ein förmlicher Regendentis gebildet; es war ein „Mammot“-Görner gewesen, den dieser selbe Dargus, ein Millionär, zulaufend gebracht und dadurch sein Vermögen vergrößert hatte, nur um es, als noch ein Jahr vergangen war, durch die Gunst eines Kompanions, bis auf den letzten Cent zu verlieren. Dargus hatte Weizen bis auf fast zwei Dollar hinaufgetrieben und war damals der allmächtige Beherrscher des Marktes gewesen. Seit dieser Zeit wurde, wenn man von großangelegten, gewagten Iunzenen sprach, immer an den Fall Dargus Bezug genommen. Die Spekulanten hatten den Fall Dargus, beide, was damals mit Dargus, „Wie der Dargusfrage war es.“ Es war eine so loseliale Sache wie der Darguscorner.

Dargus war eine Ianzigjährige Gestalt, eine Art unwirklischen Weisens geworden; der Glang der Millionen, die einst sein waren, hatten einen Helden aus ihm gemacht.

„Einen Hund das Ianzig Jahre“, fuhr Jadin fort. „Wenn Dargus jetzt von den alten aufsteht, würde er sich wohl überdauern über die Art, wie wir heute Geschäfte machen. Ianzig Jahre! Ich sage, Sam, wir werden alt — ist's nicht so?“

„Das war ja Ianzig, den Sie draußen gesehen haben“, entgegnete der Waller. „Der ist nicht tot. Ein alter Mensch mit nem Halbinde und nem Ianzigjährigen Gebrod, nicht wahr? Das ist Dargus.“

„Wie ist Jadin. Das ist Dargus!“

„Nun, natürlich. Er kommt täglich hierher. Die Kommiss geben ihm ein und wieder einen Dollar.“

„Er ist alt nicht tot? Und das ist Ianzig, dieses jämmerliche Brod — hui! Ich mag gar nicht dran denken, Sam!“

Der Herr Jadin, Jadin sah eine Weile starr und sprachlos auf seinem Stuhl.

„Ianzig, das war Ianzig“, murmelte der Waller. „Weide Ianzig eine ganze Weile. Endlich begann Grotz mit einer bei ihm außerordentlichen Lebhaftigkeit: „Also, ich wollte wegen der Sache mit Ihnen reden.“ Mit gedämpfter Stimme fuhr er fort. „Sie wissen, ich habe einen oder zwei Korrespondenten in Paris, wo alle Waller sind, und der Herr Jadin, der Herr Jadin, der Herr Jadin sind. Ich habe aber während der letzten sechs Monate einen ganz besonderen Mann, ich dort für mich unten lassen — ganz im

mir so fracht. Deswegen wird der Einspruch der Fakultät auch nicht wirksam. Und uns bleibt nichts anderes übrig, als alle Patienten, und namentlich die jüngeren weiblichen, entscheiden vor der pringlichen Klinik zu warnen.

Dagegen wäre es dem Homogenen zu empfehlen, daß sie ihre hoffähigen Gattinnen oder ihre Töchter einen Besuch mit pringlicher Behandlung machen ließen.

Wohlleicht verfahren sie dann doch mit dem pringlichen Heilgütle, wie der Kaisertrakt aus dem Ruderland mit dem Gange im schwarzen Balfisch zu Astalon.

Deutsches Reich.

— **Gesetzliche Festlegung der Matrikularbeiträge?** Eine Korrespondenz meldet: Im Bundesrat sind von einzelnen Bundesstaaten Anregungen ergangen, die sich auf eine gesetzliche Festlegung der Matrikularbeiträge für einen Zeitraum von fünf Jahren beziehen. Da am 1. April 1914 der Termin abläuft, innerhalb dessen die Matrikularbeiträge auf 80 Pf. für den Kopf der Bevölkerung in den Bundesstaaten festgelegt sind, gewinnt die Frage zurecht ein besonderes Interesse. Bisher ist lediglich eine Vereinbarung über die Höhe der Matrikularbeiträge unter den Bundesregierungen seit der Finanzreform getroffen worden, der ein gesetzlicher Charakter nicht innewohnt.

— **Die Reform der Polizeiverordnungen.** Die bekanntlich durch einen Reichstagsbeschluss autorisierten Abgeordneten Schiffe angeht, wird, ist von einer eigens hierzu eingesetzten Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses dahin entschieden worden, daß jede natürliche oder juristische Person, die ein berechtigtes Interesse daran hat, das Recht der Matrikularbeiträge durch Annullationsklagen auf Annullationsklagen zu bringen, durch eine Verordnung des Oberverwaltungsgerichts für unzulässig erklärt wird, dann nur die Matrikularbeiträge der Behörde, die die Verordnung erlassen hat, in derselben Weise bekanntgemacht werden. — Endlich wurde bestimmt, daß nach 30 Jahren Polizeiverordnungen erlöschen sollen, jedoch nicht vor dem 31. Dezember 1920.

— **Die Polizeifahrt schlägt auf den Tisch!** Nach Meldungen aus Hamburg hat der Hamburger Polizeipräsident an die Direktion der Hochbahngesellschaft eine Verfügung erlassen, worin erklärt wird, daß die Polizeibehörde den Angehörigen der polizeilichen Erlaubnis zur Ausübung des Dienstes dauernd einzuziehen wird, wenn sich die Arbeitseinstellung wiederholt, da die Sicherheit und Ordnung des Betriebes gefährdet worden sei durch die unter Kontraktbruch vorgenommene Arbeitsübertragung.

— **Die überall schlägt die Polizeifahrt gegen die Interessen der Arbeiter.** Dieses Eingreifen trägt natürlich nicht zur Beruhigung der Bevölkerung bei, sondern bildet neuen Rohstoff in dem Konflikt. Es reizt zum Denken und zum Kampf.

— **Kein Schutz der Disidentenminister gegen Religionszwang.** Nach längeren Debatten in der Reichstagskammer der Abgeordneten hatten, kam die Interdisidentenkommission des Reichstages am Mittwoch zur Beschlußfassung über den Antrag des national-liberalen Abgeordneten Schiffe, der einen Zwang auf Disidentenminister, am Religionsunterricht teilzunehmen, gesetzlich auszuschließen wollte. Andere Genossen hatten dazu den Antrag gestellt, dessen Ausmaß nicht nur für die Disidenten, sondern für alle Disidenten, und auch für die Disidenten, zu erhöhen. Zunächst wurde der sozialdemokratische Antrag mit allen gegen vier Stimmen abgelehnt. Dann fiel ein freisinniger Antrag, der die Befreiung vom Religionsunterricht abhängig machen wollte von dem Vorhandensein eines angemessenen Erwerbseinkommens, und schließlich wurde der von dem sozialdemokratischen Kommissionsmitgliedern noch etwas gemilderte Antrag Schiffe mit 10 neuen in Stimmen abgelehnt. Es bleibt in Preußen alles beim Alten!

— **Strafgefangene als Landarbeiter.** Graf v. Helldorf, einer der schleswig-holsteinischen Agrarierhauptleute, beabsichtigt, das Riesenwäldchen Moor im Kreise Stormarn urbar machen zu lassen. Da der Wunsch seines Parteifreundes, des schleswig-holsteinischen Grafen von Mankau, es möchten schleswig-holsteinische Landarbeiter eingeführt werden, nicht verwirklicht werden konnte, hat Graf Helldorf eine Strafgefangene als Landarbeiter an. Sie werden ihm durch die Heiler Siedlungsvereinsgesellschaft, die wegen Lieferung von Gefangenen mit der Justizverwaltung einen Vertrag abgeschlossen

Die Getreidebörse. (Kleber, verboten)

Eine Geschichte aus Chicago von Frank Norris.

Ein hembärmeliger junger Mann, dessen Mantelknöpfe von metallenen Klammern hochgehalten wurden, ging auf einer erhöhten Plattform vor der Wandtafel auf und ab. In die Tafel war ein Telegraphenapparat gedreht, und wenn immer der Apparat rief und klapperte, kam schreibend der junge Mann mit Kreide lauthörig Zeichen und fast unleserliche Zahlen in feintextigen Reihen untereinander, die am oberen Aufschriften in den Anfangsbuchstaben verständlicher Aktien und Obligationen hatten; auch die Worte „Schweinefleisch“, „Wasser“ und — größer als alle anderen Beschriftungen — „Weizen“. Handen an den Metallknöpfen. Man hörte kein anderes Geräusch als das Summen der miteinander flüsternden, das unregelmäßige Ticken des Apparates und das Klappern der Kreide beim Aufschreiben.

Niemand schien übrigens auch nur im geringsten darauf zu achten, was auf der Tafel stand. Eine Preisänderung löste die andere ab. Die in ihren Reihen zusammengedrängten Besucher des Kundenzimmers schauten sich ganz gleichgültig, einige drückten der Tafel sogar den Rücken zu. Einer, der sein Taschentuch über eine Stirn gebreitet hatte, riefte sich die Wille aus, entfaltete eine zwei Tage alte Zeitung und begann bedächtig zu lesen, wobei seine Lippen lautlos jedes Wort formte. Wie diese Menschen ohne bestimmte Lebensstellung immer wieder zusammen geschah, aber der Zaun fand sie auf demselben Platze, stets mit denselben ausgearbeiteten überredenden Sätzen, denselben zerstückelten, zwei Tage alten Zeitungen. Träge und gedankenlos hockten sie dort und ließen ihre stumpfen Sinne einwillen und hypnotisieren von dem fernen Getöse der Getreidebörse, das aus dem Saale über ihnen durch die Decke drang.

Eine dieser Gestalten, ein alter Mann, trübsinnig, verfallen und schüchtern, mit gerötetem Hinterkopf und verblichenem, fiedeligen Gebrode, kam Jadin bekannt vor. Die Erinnerung an irgendeine frühere Beziehung — er wollte nur nicht mehr wissen — wurde in ihm wachgerufen. Bei der mangelhaften Beleuchtung konnte er das Gesicht des Alten nicht deutlich sehen, der halb abgemerdet von ihm sah und ein Bräunen verzeigte, das er mit gitternder Hand zum Munde führte. Jadin überzeugte sich, daß Weizen mit vierundzwanzig verkauft wurde, und ging, froh, diese trübselige Umgebung zu verlassen.

Grotz war in seinem Kontor, und Jadin wurde sofort zu ihm geführt. Er setzte sich auf einen Stuhl neben dem Schreibtisch des Wallers; beide sprachen zuerst über Alltägliches.

Grotz, ein großer und zücker, barloser Mann und so Ianzigjährig wie ein Stier, trug tief einen Anzug von blauen Wolstoff; hinter dem Kopf steckte immer ein Federpfeifenabnehmer, und der Kopf war über dem Kopf der großen Arme (Grand Army of the Republic, ein Geheimverein von Arbeitern, die im Geere oder der Flotte der Vereinigten

hätten. Ihnen will ich so viel sagen, daß der Betreffende nicht gerade das untergeordnetste Mitglied der Getreidebörse der Vereinigten Staaten ist. Und der schickt mir von Zeit zu Zeit, was die Reporter so nennen, „erhellte Nachrichten“ — dafür bezahl! Ich bin nämlich, und ich löst mir „neigende Dampfschiff“ dafür zahlen, was mich der Mann kostet. Aber ich bezahle dafür gewisse Nachrichten, einen Tag oder zwei früher als sonst, und ich bezahle mir das, was ich mir nicht so wichtiges geschieht. Das hier habe ich eben bekommen.

Er griff nach einer Depesche auf seinem Schreibtische und las:

„Atica — Haupttaucher — Mobilisation — organisiert — gleichzeitig — in einem Monat“ — es bedeutet nämlich, fuhr er fort, „das hier, Ich hab's eben beschickt.“ Er zeigte dem alten Jadin, und er erklärte ihm, was die Depesche für hohe Eingangsätze an dem Atica v. Kewenion, Grafen von Genesee als Landarbeiter an. Sie werden ihm durch die Heiler Siedlungsvereinsgesellschaft, die wegen Lieferung von Gefangenen mit der Justizverwaltung einen Vertrag abgeschlossen

„Sam!“ machte der überfahrene Jadin. „Auf die Art beherrschen Sie allerdings die Situation. Aber, wenn ich die Wahrheit sagen soll, Sam, ich habe mir seit meinem letzten kleinen Gebrode vorgenommen, das Spekulieren sein zu lassen. Wenn ich in so was rein, verwickelt ich immer wieder, und es' nicht wert, mich in's Versteck zu ziehen, und — und ich will's auch gar nicht. Dann wird einem die Nase gestrichelt, man führt einen Gegenstand, haut aber nur in die Luft, verliert dabei das Gleichgewicht — und da liegt man. Ich will gar nicht noch mehr Geld verdienen, Sam. Ich hab' mir schon in den Trödenen und möchte, ich zu ich dazu werde, etwas nach dabei haben.“

„Der Gott heil Ihnen, J.“ warf Grotz ein. „Das ist in der meine Spekulation. Sie leben doch selbst, wie lieber die Sache ist. In so was bin ich doch kein Stier mehr, wie? Mir können Sie da nicht auf die Schilde helfen, was? Und ich sag' Ihnen, J., das ist gelundenes Geld. Wer daraufhin ungedeckt ist, ist ein Unikum, natürlich, machen Sie mit! Ich hab' die ganze Zeit — noch lange ehe der Semmeltrakt kam — auf die Weizenbände gelauert, und jetzt habe ich sie dort, wo ich sie haben will. Sehn Sie mal, J., Sie sind nicht der Mann, Geld wegzuziehen. Sie werden 'nem Gebrodeblod (Blod = Häufchen) werden, Ianziggruppen kaufen, wenn Sie wissen, daß Sie ihn mit 'nem Gebrode verkaufen können. Jetzt bietet sich die Gelegenheit, als Bar ein großartiges Gebrode zu machen, Wahrschaff, sobald die Sache da oben über uns auf der Börse bekannt wird, so geht der Preis runter und runter und runter. Vortausend und seine Leute können ihn nicht halten; sie mögen machen, was sie wollen, dem Kontrollerwalter entgegen sie nicht ne Minute länger.“

(Fortsetzung folgt.)

hat, zur Verfügung gestellt. Ist das nicht der beste Beweis, wie
wahr die Behauptung der Agrarier ist, daß sie sich so sehr um
das Wohl der einheimischen Landarbeiter sorgen?

Ein neues Verbleib gegen die Arbeiterkraft. Der Jung-
deutschland gibt seit Beginn dieses Jahres in Gemeinschaft
mit der Deutschen Turnerschaft die Wochenzeitung „Jung-
deutschland“ heraus, die sich von den geistig minder-
wertigen, funktionell untauglichen, wenig unterrichtet.
In jeder Nummer wird in raffiniertester Weise eine Kriegs-
begeisterung der Jugend zu erzeugen versucht. In der neuesten
Nummer wird derjenige als Vaterlandsfeind bezeichnet, der
nicht mit Feinden die neue Militärvorlage begrüßt. Außerdem
wird in behäuflicher Breite die bekannte Mär aus Halle ge-
bracht, es hätten dort Mühlengänger und behäufliche Burden
eine Abteilung der Halle'schen Jugendwehr, die sich auf einen
Lebensmarsch begeben, belästigt und tödlich angegriffen, so
daß eine Militärpatrouille zum Schutz in Anspruch genommen
werden mußte, gegen die jedoch Arbeiter Stellung nahmen.
Schon die Hebeschrift der Kott: „Sozialdemokratie und
Jugenddeutschland“ zeigt, wie getroffen werden soll.
Selbst wenn nicht diese Kreise des hoheliedlichen Vortrags
das Treiben der Jugendmenschen nur zu oft als groben Unfug
und die Landeute die Juragänger als Landplage emp-
funden haben würden, so würde den organisierten Arbeitern
und Arbeitervereinen das Blätchen des Bundes laagen, daß das
Jugenddeutschland weder in den Arbeiterkreisen, noch in den Werk-
stätten, Fabriken usw. wo organisierte Arbeiter beschäftigt sind,
Eingang finden darf.

Kaisergrabsitzungsfeier. — Wärsige Sitzung. Wie weit
es mit dem Wiedereintritt in der Regierung monarchischer Ge-
staltung im Zentrumslager schon gekommen ist, beweist ein
Inserat in der Medizinischen Welt: „Mappenerien St. Barbara, Sunderwich,
Am Sonntag, den 2. Februar d. J., nachmittags 5 Uhr,
kam in Litten abend 8 Uhr in der Kirche zu St. Barbara, aus-
schließliche Wärsige Sitzung. Zu dieser Feier sind be-
sonders auch die Ehrenmitglieder mit ihren Damen ein-
geladen. Der Vorstand.“

Kleine Notizen. Nur die im Wahlkreis Jerichow
ebenfalls bevorstehende Reichstagswahl stellte die Fort-
schrittliche Volkspartei den Stadtratsmitgliedern in Magde-
burg als Kandidaten auf. — Ein politischer Prozeß in der
Reichshandlung. Staatssekretär Jönsson von Kulich ist gegen
den verantwortlichen Redakteur des hiesigen Reichstagskorre-
spondenten Wetterlé herausgegeben. Wetterlé, der in der
L'Escafe vorraime, Strafantrag gestellt. Auf den Rat der
Täglichen Rundschau, der Abgeordnete Wetterlé möge
seinen Wohnsitz lieber ganz nach Frankreich verlegen, hatte das
Organ Wetterlé's geantwortet, man könne gerade so gut
gehoben anderen Seiten liegen, sie müßten in Deutschland bleiben
und dann hinausgeißelt. „Sie führen dorthin zurück, aber
erst dann kehren sie zurück, die Schlaumerei, wenn sie mit
einer guten, fetten Pension ausgetüschelt werden, die ihnen der
elastisch-löhringische Steuerzahler berappt, dieser gute Herr.“

glänzendem Lichte an. Der Einwand des französischen Gesandten ist ganz speziell gegen Rum gerichtet, einen Deutschen, der zum Berater der Rechnungskammer ernannt worden war, wofür er nach dem allgemeinen Urteil ungewöhnlich geeignet ist.

Ueber die Verzögerung in der Unterzeichnung des chinesischen Anleihevertrages und die Haltung der französischen Regierung in dieser Angelegenheit veröffentlicht der Temps folgende Mitteilung: Der französische Standpunkt in dieser Frage ist der, daß von Beginn der Verhandlungen an die Grundlage des Einvernehmens der Mächte darin bestand, von China eine positive Willigkeit für die Verzögerung der Anleiheverträge und eine tatsächliche Ueberwachung der Neuabnahme des Anleihevertrages zu verlangen. Die erste Bedingung wird im Interesse der Sicherheit der Gläubiger, die zweite vom politischen Gesichtspunkte aus von den Verbündeten und Freunden Frankreichs verlangt, um zu verhindern, daß das Anleihekapital vergeblich oder in einem Grade oder jener Macht feindlichem Sinne verwendet wird. Im dieses Wochens den Interessen Chinas wie denen der Mächte entsprechende Ergebnis zu erzielen, ist es notwendig, daß die Ernennung der in dem Anleihevertrag vorgesehenen drei Beiräte im Einvernehmen zwischen China und den Mächten erfolge, und daß die Befugnisse dieser Beiräte festgestellt seien. China scheint nun aus seiner eigenen Machtvollkommenheit und ohne genaue Festlegung dieser Befugnisse einen Namen, einen Deutschen und einen Italiener ernennen zu wollen. Die Legit verlangt, daß alle drei Beiräte entweder der Nationalität der Gläubiger oder neutralen Staaten angehören. Die Frage der Nationalität ist aber nachsichtig und könnte erst später zwischen den Mächten und China genebelt werden. Die einzige schon jetzt zu lösende Frage ist die, daß die drei ausländischen, mit westlichen Befugnissen ausgestatteten Beiräte im Einvernehmen zwischen den sechs Mächten und China ernannt werden müssen.

Japan.
Ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung hat der am Mittwoch wieder zusammengetretene Reichstag angenommen. Darauf wurde er auf fünf Tage vertagt. — Das Budget für 1913/14 ist eingebracht worden. Es beläuft sich in Einnahmen und Ausgaben mit 584 924 061 Yen. Die Gesamteinnahmen und -ausgaben sind um 7 400 000 Yen gestiegen. Die Regierung verfolgt eine Politik „strenger Sparmaßnahmen“. Die erwartete Verwaltungskosten sollen eine jährliche Ersparnis von 50 Millionen bringen. Die Regierung führt auch weiter die Praxis durch, jährlich mindestens 50 Millionen Staatsschulden zu tilgen und wird die Notwendigkeit, Anleihen aufzunehmen auf ein Minimum herabzusetzen.

Kleine Anleihenadmissionen. Währungsreform in Holland. Die holländische Regierung hat der Kammer einen Gesetzentwurf betreffend die Änderung der Verfassung vorgelegt. Der Entwurf bezieht sich das allgemeine Wahlrecht und führt das Wahlrecht der Väter oder Familienhäupter ein. — Der schwedische Reichstag behandelte am Mittwoch eine Regierungsvorlage über den Budgetzoll. Es wird darin vorgeschlagen, ab 1. Januar 1914 den Zoll für raffinierten Zucker von 14 auf 10 Oere, für Sirup und Melasse von 10 auf 5 Oere pro Kilogramm herabzusetzen. — Das Gesetz über die Trennung von Kirche und Staat in Wales ist vom englischen Unterhaus in dritter Lesung mit 347 gegen 240 Stimmen angenommen worden. Es geht jetzt sofort an das Oberhaus, das sie sicher in der nächsten Woche ablehnen wird. — Die russische Duma lehnte die Dringlichkeit von vier Interpellationen der Kadetten, Progressiven, der Arbeiterpartei und der Sozialdemokraten über ungesetzliche Verwaltungsmethoden bei den Wahlen zur Reichsduma ab und verwies sie auf eine Kommission.

zu werden. Andere Unternehmer schlugen aus dem Tarif-Ab-schlüssen besondere Vorteile. Sie setzen bei der Uebernahme von Arbeiterleistungen höhere Preise ein, mit der Begründung, daß die Arbeitslohn erhöht werden mußten.

Für die Sandsteinindustrie ist die Einführung eines Normaltarifs für das heimische Gestein von sehr großer Bedeutung. — Ein einziger Tarifabschlüssen: auch der deutsche Arbeiterverband beteiligt. Die Unternehmer können mit der Ausbreitung des Tarifwesens sehr zufrieden sein. Die schönen Erfolge, die sie erzielen, verdanken sie nicht zuletzt dem Umstande, daß der Verband in den letzten zwei Jahren 11 000 Mitglieder zwischen dem Unternehmern in eine wirtschaftliche Macht entgegenstand, die sie zur Achtung verpflichtet veranlaßt.

Vom Kampf der Fischdampfer-Maschinen in den Unter-meer-Orten.
Vier Wochen lang wird schon der Kampf geführt, ohne daß an ein Ende zu denken ist. Ueber 70 der Ausgeheerten konnte anderweitig untergebracht werden. Wenn die Fischer nicht bald einlenken, werden sie von ihrem alten Maschinenpersonal niemand mehr zu sehen bekommen. Die Fischer verlangen, den Ausgeheerten abends 150 Fortkommen zu erlauben; sie stellen den Maschinenfolgend: 3 gegen 2. Wir befinden uns hierdurch dem Herrn ... ungleichmäßig, daß derselbe vom ... bis ... auf unsem Dampf ... als ... Maschine bedient wird. Wir waren sowohl mit den Leistungen so- wie Führung sehr zufrieden. Die Entlassung mußte erfolgen, weil infolge einer unannehmbaren Forderung des General-Verbandes der Maschinen und Fischer die Schiffe gelehrt werden mußten.“ So ist der Entlassung gleich getreten. Wegen dieser Art von Beugnissen sollte gerichtlich Einpruch erhoben werden, damit den Unternehmern plausibel gemacht wird, daß Beugnisse mit solchen Maschinen nicht ausgeübt werden dürfen.

Welchen Einfluß der Streik auf den Fischhandel hat, geht aus folgendem Marktbericht hervor: Am Montag Amner betrug der Umsatz in der Auktionhalle nur 4 182 627 Pfund Fische im Werte von 680 080 Mk. gegen 7 882 234 Pfund im Werte von 990 786 Mk. im Dezember 1912 und 6 790 800 Pfund im Werte von 954 932 Mk. im Januar 1913. Das wäre also in einem Monat ein Wertverlust von rund 800 000 Mk. Zu beachten ist dabei noch, daß jetzt infolge der schlechten Einfuhr die Preise enorm hoch sind, wodurch der unermittelten Bevölkerung ein wichtiges Lebensmittel erheblich verteuert wird. Nach wie vor ist jeglicher Zugang von Maschinenpersonal nach den Fischdampfern der Untermeerorte streng zu halten.

Briefkasten der Redaktion.

Inferate, Annoncen-Bestellungen sowie alle anderen geschäftlichen Angelegenheiten sind nicht an die Redaktion, sondern nur an die Expedition des Volksblattes zu richten. Bestellungen von Druckarbeiten sind der Halle'schen Gesellschafts-Druckerei zuzuschicken.

4. Die Beiträge für die Annoncen und die Annoncenbesorgung können für die letzten beiden Lohnperioden, also die letzten beiden Monate vom Lohn abgezogen werden.

5. Wenn der Vater eines unehelichen Kindes stirbt, haben dessen Erben für die Unterhaltspflicht aufzukommen. Sie können das uneheliche Kind aber mit dem Minderjährigen. Hat der Sohn nichts hinterlassen, so erklären Sie dem Erbschaftsgericht gegenüber, daß Sie die Erbschaft ausschlagen. Das Erbschaftsgericht ist dasjenige Amtsgericht, in dessen Bezirk der Verstorbene zuletzt des Todes seinen Wohnort hatte.

6. A. Einseitig. Wenn die Kaufanfänge durch Staat die Kaufverträge befristet hat, gibt es bei Unfällen vom ersten Tage Unterhalt, sonst nicht.

7. 27. Notenschein. Wenden Sie sich beim Vorhandensein an den Gemeindevorsteher. Hilft das nicht, dann beschweren Sie sich beim Landrat, gegen dessen Beibehaltung Sie eventuell Beschwerde bei der Regierung einlegen können.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten.

Gewerkschaftliches.

Das Tarifwesen in der Steinindustrie.
Eine Tarifvermehrung im Jahre 1912 hat der Zentralverband deutscher Steinarbeiter (Zentralverband) zu verzeichnen. Am 1. Januar 1912 bestanden 208 Tarife für 18 847 beschäftigte Personen, von denen 16 182 organisiert waren, am 1. Januar 1913 bestanden 254 Tarife für 27 526 beschäftigte Personen, von denen 21 175 organisiert sind. Die Zunahme der Tarife entfällt besonders auf die Granit- und Marmorstein-Industrie. Für die Arbeiter in den genannten Kategorien konnten im Verlaufe, besonders in den letzten Erwerbskrisen (Göhlen) und Demis-Anstans (Leuz) große Erfolge errungen werden. Die Granitsteinbrucharbeiter waren bisher fast Anhänger des wilden Arbeitskampfes, das eine immense Ausbeutung der Arbeiter zuliess. Die Herren stellten sich kategorisch auf den Standpunkt, Tarifabschlüsse seien in der Granitstein-Industrie nicht möglich. Der Zentralverband hat nötige aber die Herren zu einem anderen Standpunkt zu belehren. Es war ein größerer Industrieller ein hartnäckiger Gegner jeglichen Tarifabschlusses. Aber auch er wurde durch die Geschlossenheit der Arbeiter zu anderer Ansicht belehrt. Nach Unterzeichnung des Tarifes setzte er die Bauarbeiten in Kenntnis, daß er sich mit seinen Arbeitern über die Lohnfrage geeinigt hatte. Damit gab er den Arbeitern einen Wind, bei der Bewegung von Müllsteinen bevorzugt zu werden.

Lebensmittel — Freitag — Sonnabend

Gekochte Schinken	1/4 Pfd.	38 P.	Maccaroni	Pfund	30 P.	Apfelschnitte	1/2 Pfund	24 P.	Kakao	Pfund	65 P.
Rauchfleisch	Pfund	95 P.	Nudeln	Pfund	30 P.	Mischobst	Pfund	28 P.	Schokolade	Pfund	65 P.
Fetter Speck	Pfund	85 P.	Linzen	Pfund 18	16 P.	Pflaumen	Pfund	28 P.	Creme-Praline	1/4 Pfd.	15 P.
Mettwurst	Pfund	1 ⁰⁵	Bohnen	Pfund	16 P.	Gem. Zucker	5 Pfund	95 P.	Konfekt	1/4 Pfund	9 P.
Thür. Knackwurst	Pfund	95 P.	Hafermehl	Pfund	34 P.	Tee	2 Pack	15 P.	Gebr. Mandeln	1/4 Pfund	18 P.
Sülzwurst	Pfund	22 P.	Kaiser-Auszug	4 Pfd.	62 P.	Erbswürste	3 Stück	25 P.	Keks	1/4 Pfd.	10 P.
Cassler	Pfund	95 P.	Sprossen	Kiste	58 P.	Brühwürstch.	6 Stück	35 P.	Marmelade	5 Pfund-Eimer	1 ³⁸
Thür. Rotwurst	Pfund	55 P.	Kohltrabi	2 Pfd.-Dose	28 P.	Erdbeeren	2 Pfd.-Dose	92 P.	Apfelsinen	10 Stück	20 P.
Landleberwurst	Pfund	65 P.	Erbsen	2 Pfd.-Dose	42 P.	Pflaumen	2 Pfd.-Dose	42 P.	Datteln	1/4 Pfund	12 P.
Büchsenfleisch	1/4 Pfund	22 P.	Karotten	2 Pfd.-Dose	28 P.	Gem. Früchte	2 Pfd.-Dose	84 P.	Ananas	Pfund	78 P.
Ital. Salat	1/4 Pfund	25 P.	Leipz. Allerlei	2 Pfd.-Dose	42 P.	Pfeffergurken	1/4 Pfund	9 P.	Tafel-Feigen	1/4 Pfund	18 P.
Bouillon-Würfel	10 Stck	15 P.	Stangenspargel	2 Dose	1 ⁰⁵	Russ. Sardinen	Glas	23 P.	Kokoswüsse	m. Milch, St.	26 P.
Knolly gar. rein	Glas	88 P.	Bohnen	2 Pfd.-Dose	30 P.	Anchovis	Glas	23 P.	Zitronen	5 Stück	20 P.

Metallarbeiterverband

Verwaltung Halle a. S.

Sonnabend den 8. Februar abends 8 1/2 Uhr im Bahnhofs-Restaurant zu Ammerbof

Mitglieder - Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag. 2. Verbands-Angelegenheiten.

Die Verbandskollegen von Ammerbof und Umgegend werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Sonnabend den 8. Februar abends 8 1/2 Uhr in Senfels Restaurant, Unterberg 12

Öffentl. Branchen-Versammlung

der Klempner, Installateure und Helfer.

Tagesordnung:

1. Bericht über den gegenwärtigen Stand der Tariffrage.
2. Branchen-Angelegenheiten.

Wichtig der Branchenkollegen ist es, in dieser Versammlung Mann für Mann zu erscheinen.

Sonnabend den 8. Februar nachmittags 3 Uhr im 'Weissen Rössl' zu Niemitz

Mitglieder - Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag. 2. Bericht und Wahl des Bezirksvertreters. 3. Verbands-Angelegenheiten.

Nach der Versammlung: **Unterhaltungs- und Kappenabend.**

Die Verbandskollegen von Niemitz und Umgegend, Reibburg und Umgegend sowie Söberritz und Umgegend werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Die Verbandsleitung.

Zentral-Verband der Maschinisten und Heizer, Zahisteile Halle a. S.

Sonntag den 9. Februar nachmittags 4 Uhr im Restaurant „Goldene Kette“, Alter Markt

Mitglieder - Versammlung.

Vortrag: „Welche Neuerungen bringt uns die Reichs-versicherungs-Ordnung“. Referent: Arbeiter-Sekretär Klees.

Wir eruchen unsere Kollegen sowie auch uns noch fernstehende Kollegen, diese Versammlung zahlreich und pünktlich zu besuchen.

6036 Die Orts-Verwaltung.

Allgem. Konsumverein zu Dölau b. Halle

(e. G. m. b. H.)

Sonntag d. 16. Febr. nachmittags 2 Uhr im Wendschen Lokal

Ordentliche General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht pro 1912.
2. Revisionsbericht des Aufsichtsrats.
3. Revisionsbericht über die gesetzlich statgfundene Revision.
4. Genehmigung der Bilanz, Entlohnung des Vorstandes, Genehmigung zur Verteilung des Ueberschusses.
5. Neuwahl der statutgemäß auscheidenden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder.
6. Eingegangener Antrag von Mitgliedern betr. Abänderung des § 4 Abs. 1 des Statuts.
7. Geschäftliche Mitteilungen.

Allgem. Konsumverein zu Dölau bei Halle

(e. G. m. b. H.)

Der Aufsichtsrat: S. A.: F. Klöppel, Vorsitzender.

Konsum-Verein „Vorwärts“ i. Schkeuditz u. Umg.

e. G. m. b. H.

Montag den 24. Februar 1913 abends 7 1/2 Uhr im „Ländchen“

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Halbjahres-Bericht.
2. Vorschlag der Mitglieder.
3. Stand des Neubaus.
4. Geschäftliches.

Einige Anträge müssen bis zum 14. Februar in den Händen des Vorstandes sein.

Der Vorstand: Konrad Müller, Paul Sibiak, Max Schulze.

Konsum-Verein Amtsbezirk Teutschenthal

e. G. m. b. H.

Sonntag den 16. Februar 1913 nachmittags 2 Uhr im Lokale des Herrn Gastwirt Gustav Meissner in Unterteutschenthal

Ordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Vorlegung der Bilanz und des Geschäftsberichtes des verflochtenen Geschäftsjahres 1912. Entlohnung des Vorstandes. Beschlußfassung über die Verteilung des Vermögens.
2. Regulierung der Gehälter und Entschädigungen der Verwaltung.
3. Neuwahl eines Vorstandesmitgliedes (Beisitzer) sowie Neuwahl von drei Aufsichtsratsmitgliedern, welche laut Statut ausscheiden.

Teutschenthal, den 5. Februar 1913.

Der Aufsichtsrat des Konsum-Vereins Amtsbezirk Teutschenthal, e. G. m. b. H.: Karl Ködderitz, Vorsitzender.

Zur Anfertigung seiner Herren-Garderobe und Damen-Kostüme nach Maß empfiehlt sich

Otto Bartelt, Hallenstrasse 1c, I, I.

Grosses Lager deutscher und englischer Stoffe.

Allgemein. Konsumverein für Mühlberg a. E. u. Umg.

(einchr. Gen. mit beschr. Haftbfl.)

Sonntag, den 16. Februar 1913, nachm. 3 Uhr, im Gasthof „Preussischer Hof“:

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Vierteljahrsbericht. 2. Anträge.

*2143 Louis Brandt, Stellvert. Vorsitzender des Aufsichtsrats.

Billiger Verkauf!

Im fernernam Gelegenheit zu bieten, sich billige Socken zu beschaffen, offeriere

über 2000 Stoffhosen.

Serie I	Serie II	Serie III
Männerhose in dunklen Farben glatt u. gestreift	Männerhose in den feinsten u. vornehmsten Modellen	Männerhose in den neuesten (schlachten) Modellen
Stück legt nur 1.45 Mk.	Stück legt nur 1.85 Mk.	Stück legt nur 2.45 Mk.

Bitte: der Lieberzeugung halber, die Auslagen meiner Schaufenster zu besichtigen.

Trotz der Ausnahmepreise noch 5% Rabatt.

Ernst Renner

Nur 14 Marktplatz 14.

Renommierter Firma liefert Privatleuten, Beamten usw. unt. Diskretion

Wäsche jeder Art nach Mass

für Herren und Damen. Ferner auch Bettwäsche, Ulster, Pelzdecken in Ia. Qualität, auch in Teilzahlung ohne Preisermäßigung. Da Vertreter in kurze Zeit anwesend, werden geist. Zuschriften (auch Engaged) wegen Mustervorlage erbeten unter Lagerkarte 180, Friedenau bei Berlin, Hauptpost.

*2136

Sente frisch:

ff. Pökelknochen	30 Pf.
Pa. Sauerkohl	4 Pf.
Schnittbohnen	2 Pf. Doz.
Pflaumen	2 Pf. Doz.

F. H. Krause,

6043 Alter Markt 18.



Michel-Brikets

anerkannt beste Marke.

Alleinvertreter für Halle und Umgegend

Hallesches Kohlen- und Brikett-Kontor

Halle a. S., Moritzbergstr., Ecke Schmiedstr. Tel. 3888.

Freitag und Sonnabend großer billiger

Seefischverkauf

Bzgl. Meereszucht in nur lebendiger Ware zu billig. Preisen

Gabliau ohne Kopf . . . Pfund nur 17 Pf.

Schollefisch . . . Pfund nur 38 Pf.

— Alle anderen Sorten billig. —

Gute Kieler Sprotten, 2 Pf. Kiste nur 80 Pf.

Kieler Fisch-Börse,

A. d. Moritzkirche 5. Sonnabend früh Hallmarkt. Steinweg 17.

Haushaltungsbücher

für alle Tage des Jahres, für jede Familie und einzelne Personen passend.

Preis 1 Mk.

Küchen- und Wirtschafts-Buch 1913.

Preis 50 Pf.

Volks-Buchhandlung, Herz 42/43.

Pflaumen-Mus

in massigen Gefässen

br. ca. 10 Pf.	Emalle-Eimer . . . M. 2.—
„ 10 „	Emalle-Kochtopf . . . 2.30
„ 10 „	Emalle-Ringtopf . . . 2.30
„ 10 „	Em.-Kaffeekanne . . . 2.30
„ 10 „	Em.-Eimer . . . 2.30
„ 28 „	Emalle-Eimer . . . 4.55
„ 28 „	Emalle-Wanne . . . 5.50
„ 56 „	Emalle-Wanne . . . 10.50
„ 56 „	Em.-Küchenschäm. . . 6.75
„ 19 „	Em.-Schmortopf . . . 4.50
„ 34 „	Em.-Schmortopf . . . 6.75

Wirklich gutester Kautschuk

br. ca. 10 Pf.	Emalle-Eimer . . . M. 2.50
„ 10 „	Emalle-Kochtopf . . . 2.70
„ 10 „	Emalle-Ringtopf . . . 2.80
„ 10 „	Em.-Kaffeekanne . . . 2.80
„ 54 „	Emalle-Eimer . . . 7.80
netto 50 „	Holz-Kübel . . . 12.25

Versand ab Magdeburg unfr. geg. 2 Pf.

Z. Heinkelmann, Magdeburg 328.

Bekanntmachung.

1. In der Zeit vom 16. bis 31. Januar 1913 sind nachfolgende Gegenstände als gefunden hier abgegeben oder angemeldet worden:

1. Landbescheinigung, 1 Damenhandtasche, 2 braunleberne Geldbörsen mit Inhalt, 1 eiserne Handkuffen, 1 lebernes Geldtäschchen mit Inhalt, 1 gold. Damenuhr mit Kette, 1 Stahlkammer, 1 goldener Trauring, 1 Schwärz, 1 Schärzband, Ausweisepapiere auf den Namen Schmalbe, 5 Briefen, 1 runde Brosche mit Bild, 1 Federab, 3 Geldbörschen mit Inhalt, 1 Schlüsselbund, 1 Ring, 1 Schlüssel, 1 rotblauer Scherzbeutel mit Inhalt, 1 große Wagnersplanie, 1 Hund (schwarz und weiß), 1 Schachtel mit 8 Stubententmützen, 1 Damenuhr mit Weissgold, 1 feiner Kollagen, 1 Klemmer mit gold. Bügel, 1 Kinderbettelauge, Gardinestoff und 1 Gomb, 1 Sandwaagen, 1 buntdrucktes Geldtäschchen mit Inhalt, 1 Paar weisse Handschuhe, 1 braunled. Geldtäschchen, 1 rotblauer Geldtäschchen mit Inhalt, 1 Hubschboot und 1 Handfah, 1 Briefumschlag mit Bild, 1 brauner Briefbogen.

2. In derselben Zeit sind als verloren hier angemeldet worden:

1. Brosche (Zweimarkstück), 1 schwarzes Geldtäschchen mit ungefähr 60 Mk., 1 kleine Handtasche, 1 gold. Ketten mit Anhänger, 1 gold. (Kettenschlüssel), 1 braunled. Geldtäschchen mit ungefähr 21 Mk., 1 Papptasche mit einem weissen Damenuhr, weissen Handschuhen und ungefähr 20 Mk., 1 goldene Damenuhr mit langer Kette, 1 Briefkästchen mit ungefähr 200 Mark, 1 gelbbraunes Geldtäschchen mit 11 Mk., 1 gold. Klemmer, 1 schwarzgeklebtes Tuch, 1 gold. längliche Brosche, 1 marktgold. Ringarmband, 1 gold. Damenuhr mit silberner Kette, 1 gold. Halskette, 1 schwarzlebernes Geldtäschchen mit 9 Mk., 1 buntdrucktes Geldtäschchen mit Dampfaberlaren und Taschentuch (gez. F. R.), 1 Mürschüssel, 1 Schlüsselbund, 1 Goldbüchse, 1 Einbandtischmesser, 1 braune Briefkassette mit 1 Schlüssel, 1 braunes Geldtäschchen mit ungefähr 6 Mk., 1 1/2 Perleohrgehänge, 1 buntdrucktes Geldtäschchen mit 10 bis 13 Mk., 1 schwarzleberne Armbanduhr, 1 längl. braunes Geldtäschchen mit ungefähr 30 Mk., 1 Perleohr, 1 braunes Geldtäschchen mit ungefähr 60 Mk., 1 Zehnmarkstück, 1 Geldtasche mit Schlüsselbund und Geldtäschchen, 1 schwarzer Drenschirm, 1 Fabelschlüssel (Ladenschlüssel), 1 Gamaalband, 1 braunes Damengeldtäschchen mit 88 Mk., 1 Frikettier, 1 goldene längl. Brosche mit rotem Stein, 1 silbernes Geldtäschchen mit Gelbbürde nebst 8 Mk. und Taschentuch (gez. L.), 1 Korallenfaden, 1 Manolinierenbügel (Gegehlut), 1 schwarzes Geldtäschchen mit ungefähr 6 Mk., 1 gold. Klemmer, 1 Rädchen rote Seide, 1 brauner Damenpelz, 1 schwarzled. Geldtäschchen mit ungefähr 2 Mk. und Deckerkarte für den Zoologischen Garten, 1 braunled. Geldtäschchen mit ungefähr 26 Mk., 1 je 1 Paar braune Schuhe und Strümpfe, 1 gestrippte Damenhandtasche mit Taschentuch, 1 Raubtierparuch auf den Namen Kofse, 1 Schanzstrang mit Schwänzen, 1 Stollgeheft, 1 schwarzes Glasstück, 8 Schlüssel, 1 Zula-Damenuhr mit langer Kette, 1 silb. Damenuhr ohne Kette, 1 Gekunststoff, 3 Meter schwarze Seide, 1 gold. Fächerarmband, 1 gold. Damenuhr ohne Ring und Kette, 1 schwarzlackierte Sanduhr mit 6 Mk., Schlüssel und Taschentuch, 1 Sendung Butter, 1 Nadelbüchse und 1 goldener Klemmer.

Die unbekanntenen Eigentümer der unter Nr. 1 bezeichneten Gegenstände werden hiermit aufgefordert, ihre Rechte innerhalb sechs Monaten im Polizeiverwaltungs-Bureau, Drehschiffstrasse 6, II. Zimmer 98, geltend zu machen. Je 1 Paar braune Schuhe und Strümpfe, 1 gestrippte Damenhandtasche mit Taschentuch, 1 Raubtierparuch auf den Namen Kofse, 1 Schanzstrang mit Schwänzen, 1 Stollgeheft, 1 schwarzes Glasstück, 8 Schlüssel, 1 Zula-Damenuhr mit langer Kette, 1 silb. Damenuhr ohne Kette, 1 Gekunststoff, 3 Meter schwarze Seide, 1 gold. Fächerarmband, 1 gold. Damenuhr ohne Ring und Kette, 1 schwarzlackierte Sanduhr mit 6 Mk., Schlüssel und Taschentuch, 1 Sendung Butter, 1 Nadelbüchse und 1 goldener Klemmer.

Die unbekanntenen Eigentümer der unter Nr. 1 bezeichneten Gegenstände werden hiermit aufgefordert, ihre Rechte innerhalb sechs Monaten im Polizeiverwaltungs-Bureau, Drehschiffstrasse 6, II. Zimmer 98, geltend zu machen. Je 1 Paar braune Schuhe und Strümpfe, 1 gestrippte Damenhandtasche mit Taschentuch, 1 Raubtierparuch auf den Namen Kofse, 1 Schanzstrang mit Schwänzen, 1 Stollgeheft, 1 schwarzes Glasstück, 8 Schlüssel, 1 Zula-Damenuhr mit langer Kette, 1 silb. Damenuhr ohne Kette, 1 Gekunststoff, 3 Meter schwarze Seide, 1 gold. Fächerarmband, 1 gold. Damenuhr ohne Ring und Kette, 1 schwarzlackierte Sanduhr mit 6 Mk., Schlüssel und Taschentuch, 1 Sendung Butter, 1 Nadelbüchse und 1 goldener Klemmer.

Die unbekanntenen Eigentümer der unter Nr. 1 bezeichneten Gegenstände werden hiermit aufgefordert, ihre Rechte innerhalb sechs Monaten im Polizeiverwaltungs-Bureau, Drehschiffstrasse 6, II. Zimmer 98, geltend zu machen. Je 1 Paar braune Schuhe und Strümpfe, 1 gestrippte Damenhandtasche mit Taschentuch, 1 Raubtierparuch auf den Namen Kofse, 1 Schanzstrang mit Schwänzen, 1 Stollgeheft, 1 schwarzes Glasstück, 8 Schlüssel, 1 Zula-Damenuhr mit langer Kette, 1 silb. Damenuhr ohne Kette, 1 Gekunststoff, 3 Meter schwarze Seide, 1 gold. Fächerarmband, 1 gold. Damenuhr ohne Ring und Kette, 1 schwarzlackierte Sanduhr mit 6 Mk., Schlüssel und Taschentuch, 1 Sendung Butter, 1 Nadelbüchse und 1 goldener Klemmer.

Die unbekanntenen Eigentümer der unter Nr. 1 bezeichneten Gegenstände werden hiermit aufgefordert, ihre Rechte innerhalb sechs Monaten im Polizeiverwaltungs-Bureau, Drehschiffstrasse 6, II. Zimmer 98, geltend zu machen. Je 1 Paar braune Schuhe und Strümpfe, 1 gestrippte Damenhandtasche mit Taschentuch, 1 Raubtierparuch auf den Namen Kofse, 1 Schanzstrang mit Schwänzen, 1 Stollgeheft, 1 schwarzes Glasstück, 8 Schlüssel, 1 Zula-Damenuhr mit langer Kette, 1 silb. Damenuhr ohne Kette, 1 Gekunststoff, 3 Meter schwarze Seide, 1 gold. Fächerarmband, 1 gold. Damenuhr ohne Ring und Kette, 1 schwarzlackierte Sanduhr mit 6 Mk., Schlüssel und Taschentuch, 1 Sendung Butter, 1 Nadelbüchse und 1 goldener Klemmer.

Baupolizei-Verordnung

für das platte Land

des Regierungsbereichs Merseburg.

Preis 60 Pf. Porto 5 Pf.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung

Halle a. S., Herz 42/43.

Schöner Laden

mit ansehnlicher Wohnung, mit oder ohne Wohnung, sofort oder 1. 4. u. vermieten. *2128 Ludwig Wuchererstr. 2.

Unter Kunden, Komödianten und wilden Tieren. Lebens-Erinnerungen

von Robert Thumig

Preis 1.00 Mk., Porto 30 Pf.

Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung

Halle a. S., Herz 42/43.

Arbeitsmarkt

Öffene Stellen aller Berufe enthält stets die Zeitschrift: Deutsche Waken-Zeitung, Göttingen 156. *1903.

dauert
So fi
noch f
garen
einen
mühte
erwid
Los. i
nopol.
So i
wird,
abend
homb
find i
und g
Womb
So
der M
Regier
die i
lengen
Gefan
der S
So i
sich a
Trupp
Kamp
türlich
bei M
300 M
So
Zag
daß d
führte
Über
Wage
Ramp
und fi
jorgen
beseht
Wider
von r
aufam
schli,
dort a
terren
u er z
So
dip e
eines
Berbin
Ordn
nung,
beding
die W
rungen

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 32

Halle a. S., Freitag den 7. Februar 1913

24. Jahrg.

Der Balkankrieg.

Das Bombardement von Adrianopel

bauerte, einer Meldung der Wiener Neuen Presse aus Sofia zufolge, die ganze Nacht vom Dienstag auf Mittwoch in allen Richtungen des Belagerungsgürtels. Die Bulgaren nahmen das Dorf Panukli, wo die Festungsstruppen einen Ausfall versuchten, aber sich in die Festung zurückziehen mußten. Auf die heute tagsüber ununterbrochene Kanonade erwiderten einige Forts gar nicht, andere selten oder resultatlos. Von Mustafa Pascha sieht man den Brand in Adrianopel.

Konstantinopel, 5. Februar. Wie amtlich gemeldet wird, hat der Kommandant von Adrianopel gestern abend 7 1/2 Uhr folgendes Telegramm geschickt: Die Feinde bombardieren die Stadt. 138 Kanonen und 11 Schrapnell sind in die Stadt gefallen. Acht Einwohner wurden getötet und zehn verletzt; 85 Häuser sind in Brand geraten. Das Bombardement dauert an.

Sofia, 5. Februar. Der erwartete Schritt der Vertreter der Mächte, zu dem Zwecke, die Einwilligung der bulgarischen Regierung zur Feststellung einer neutralen Zone für die Fremdenkolonien von Adrianopel zu erlangen, ist noch nicht unternommen worden, da noch nicht alle Gesandten Instruktionen erhalten haben. Wahrscheinlich wird der Schritt morgen erfolgen.

Ein Kampf bei Gallipoli.

Konstantinopel, 5. Februar. Heute früh entspann sich zwischen zwei bulgarischen Regimentern und türkischen Truppen bei Kabakli Tepe auf der Halbinsel Gallipoli ein Kampf, über dessen Ausgang noch nichts bekannt ist. — Das türkische Kanonenboot Jofak hat die bulgarischen Stellungen bei Wrisofio am Marmarameer beschossen. Es sollen dabei 300 Bulgaren getötet worden sein.

Bulgarische Großpredereien.

Sofia, 5. Februar. General Sawoff hat einen neuen Tagesbefehl an die Armees gerichtet, in dem er erklärt, daß die Türken durch die Art, in der sie die Verhandlungen führen, betrogen hätten, daß sie nur Zeit gewinnen wollten. Aber sie hätten sich sehr getäuscht, denn diese Zeit sei der bulgarischen Armee dazu benutzt worden, ihre Streifzüge aus Mazedonien und aus Nordbulgien, die nicht an den großen Kämpfen in Thrakien teilgenommen hatten, zu konzentrieren und sich reichlich mit Lebensmitteln und Munition zu versorgen. Wir sind jetzt vollkommen bereit, erklärt der Tagesbefehl, bereitete als vor der Kriegserklärung, und um den Widerstand des Feindes endgültig zu brechen, müssen wir ihn von neuem niederschmeißen, (1) seine in der Eile zusammengeworrenen Truppen, (2) denen jegliche Begeisterung fehlt, zerstreuen, den Feind zu Boden werfen (1) und dort auf dem Schlachtfeld ihm die Friedensbedingungen diktieren. Die Truppen müssen über das Meer gejagt werden. (1)

Eine „Meinung“ der Volkshäcker.

London, 6. Februar. Die Volkshäcker hatten „im Prinzip“ eine Formel angenommen, durch welche die Übernahme eines Teiles der ottomanischen öffentlichen Schuld durch die Verbündeten sowie deren Verpflichtungen gegenüber den Orientbahnen geregelt werden. Die Volkshäcker sind der Meinung, (1) daß die getroffenen Entscheidungen in die Friedensbedingungen aufgenommen werden sollten. — Nur haben sich die Balkanstaaten bis jetzt beiseite wenig an die „Meinungen“ der Volkshäcker gehalten.

Verbandstag der Zimmerer.

k. r. Berlin, 4. Februar 1913.

2. Verhandlungstag.

Die Debatte über den Vorantrag wurde nur noch sehr kurz und brachte keine neuen Momente. Er wurde erst nach dem Schlußwort. Nach einigen anderen Mitteilungen verordnete sich Redner über seine in der Debatte fast beiseite gelassene über die politische Betätigung in den Verbandsvereinigungen. Klar und bestimmt erklärte Redner, daß jeder Kamerad die Pflicht habe, sich politisch zu betätigen, aber nicht in den Mitgliedervereinigungen, sondern dort, wo der Kampf häuften ist.

Ueber den Bericht des Ausschußes entspann sich eine längere Aussprache, die sich auf interne Verbandsangelegenheiten erstreckte und zu dem Beschlusse führte, daß der Zentralrat gemäß § 2 des Statuts den Entscheidungen des Ausschusses Folge zu leisten habe.

Die Debatte über die Petition war nur sehr kurz, doch wurde von Redner Hamburg ein Th. unterzeichneter Beschlussesartikel zur Generalversammlung beantragt, da nach seiner Meinung die einzelnen Verbandsfunktionäre zu sehr in den Vordergrund gedrängt seien. Von anderer Seite wurde es froh begrüßt, daß die Petition mit dem Grundsatze aufgeführt habe.

Ein Antrag (Redakteur) nahm sich warm des Mitarbeiters Th. an und betonte, daß es diesem fern liege, irgend jemand zu verletzen, daß im Gegenteil dieser Mitarbeiter sich in hohem Grade die Sympathie der Kameraden erworben habe. Uebergehend zu den geäußerten Wünschen betonte er, daß nicht die Lust am Kritischen zu derselben veranlaßt habe, sondern daß vielmehr die Wahrung der dem Verband gestifteten Interessen ihn zu diesen Auseinandersetzungen gezwungen hätte.

Darauf wurde dem Vorstand Entlassung erteilt und ihm die Ermächtigung gegeben, einen Jahresbeitrag für die internationalen Verbindungen auszuweisen.

Die diesjährige Tarifbewegung

referierte sich an der r. Hamburg. Redner schilderte, wie gleich in der ersten Sitzung am 20. Dezember in München der Gegensatz zwischen den Vertragsparteien zum Ausdruck gekommen sei. Die Arbeitgeber wollten Tarifverträge, die die Arbeiter zu machen und zu schließen, aber wir wollen Verträge, die uns in das Tarifmuster hineinbringen. Wir treten für eine allgemeine Lohnerhöhung, die durch den Lebensmittelpreis mehr als gedeckert ist, ein. Dieser Forderung widerlegen die Arbeitgeber unter dem Einwirke, daß der Dresdner Schiedspräsident sie sehr belaste und es angeblich der Geld- und Spargeldmarkt so schlecht stände, daß einer allgemeinen Lohnerhöhung nicht zugestimmt werden könne. Weiter fordert der Verband die Festsetzung der

Arbeitszeit, da es heute noch Kameraden gibt, die eingeordnet der Wege von und zur Arbeitsstelle, 15 bis 16 Stunden tägliche Arbeitszeit haben. Die Unternehmer erheben aber die Erhaltung der jetzigen Arbeitszeit, obgleich der Beschluß des Arbeitgeberbundes, die Arbeitszeit nicht unter 10 Stunden zu bringen, bereits durch die Kellnervereine erzwungen. Versetzte Arbeiter sind 2 1/2 Stunden durchzubringen. Die Vertragsparteien drängen ferner darauf, die Arbeiterarbeit aus dem Tarifmuster herauszubringen, da für die Zimmerer in Zukunft die Arbeiterarbeit ausgeschlossen sein muß. Uebergehend zu den Tarifanträgen schildert Redner die Wirkung derselben. Er bezieht sie als Kontroll-, und Maßregelungsbureau, die durch das Entstehen des Arbeitgeberbundes eine scharfe Kontrolle über die Arbeitstendenzen ausüben und bringen der Reformierung bedürfen. Die einzelnen Arbeitgebermaßnahmen dürfen nicht durch Tarifverträge gesichert werden.

Im Punktwort haben es die Kameraden durch ihre energische Forderung festgestellt, daß die demgegenüber die Bestimmung des Tarifschiedspräsidenten aus dem Statute des Arbeitgeberbundes getrieben haben. Nach Ansicht des Redners kann das Ziel ohne die Tarifverträge nicht erreicht werden. Allerdings müsse man vorher genau prüfen, wie die Einkalungsergebnisse im Preis festzusetzen ist. Für diese Arbeit müsse mindestens der geltende Zimmererlohn gezahlt werden. Den Forderungen der Arbeitgeberbund sein Entgegenkommen; für eine allgemeine Lohnerhöhung lehnt er jede Garantie ab, er verlangt vielmehr, daß auch jene Orte, in denen keine Lohnregulierung erfolgt wird, mit in das Vertragsverhältnis aufgenommen werden. — Von den Unparteiischen wurde verlangt, daß bis zum 15. Februar alle Vorschläge zu dem Vertrag einereicht würden und daß am 24. Februar eine weitere Sitzung der Vertragsparteien unter Leitung der Unparteiischen stattfinden soll. Die Kameraden müssen auf alles gefaßt sein und damit rechnen, daß der Kampf große Dimensionen annehmen kann und die Ausprägungen größer und umfangreicher werden wie das Ziel. Man muß diese Vorstellung bei Beratung der Vertragsfrage auf sich wirken lassen. Er schließt seine Ausführungen mit den Worten: Auch wir wünschen geregelte Zustände, aber nicht um den Preis, daß die Kameraden sich der Diktatur der Unternehmer des Baugewerbes unterwerfen. (Beifall bei Schluß.)

Die Debatte über die Tarifbewegung wird von Kameraden eröffnet. Er wird vornehmlich auf den Einkalungsergebnissen am Wetabend und plüdiert dafür, daß der Lohn hierfür mindestens dem Zimmererlohn gleichgestellt wird. Falls die Unternehmer sich dem entgegenstellen, verachtet er auf einen Vertrag. — Ein aus Frankfurt bezieht die Vertragsfrage als eine Lebensfrage der deutschen Arbeiter und wünscht die Festsetzung der Lohnregulierung mit Rücksicht auf die Gesamtheit, aus dem Tarifverhältnis auszuhalten. Derselbe will vielmehr nach der Stuttgarter Resolution geregelt werden. — Fischer-Dresden, Haus-Frankfurt sprechen sich für örtliche Tarifverträge aus, weil sie der Meinung sind, daß dadurch die örtlichen Verhältnisse mehr berücksichtigt werden können. Wenn die Schiedspräsidenten nicht mit für die Arbeiter günstige Urteile fällen, so sind sie noch lange nicht vom Unternehmer anerkannt. — Jung-Eberfeld schildert, wie beim Bau händischer Wohnhäuser die Handwerker die Streifenlauf mit anerkannt. Durch das Eintreten eines sozialdemokratischen Stadteverordneten sind diesen Unternehmern keine Aufträge erteilt worden. In der Schiedspräsidenten-Konferenz hat der Unternehmer händischer Bauten den paritätischen Arbeitsnachweis benutzen müssen. — Dax-Minden erklärt nachdrücklich, daß der Verband dann, wenn der allgemeine Lohnerhöhung nicht stattgegeben und der Festsetzung der Arbeitszeit nicht zugestimmt wird, der Vorstand sich mit allen Mitteln gegen die Festsetzung von Tarifverträgen zu wehren hat. — Der Vorstand hat weitere Beispiele bekannt, die Zeugnis davon abgeben, daß die Unternehmer tarifunfreundlich gesinnt sind. Bei den Tarifverhandlungen wollen wir keine Verfallensbedingungen, sondern gemäß unserer Verbände- und Lohnpolitik Verfassungen. Können wir die nicht erhalten, dann stellen wir auf den Tarif. Die Zimmerer sind gewillt, den Kampf um die Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsverhältnisse mit allen Mitteln zu führen. — Müller-Magdeburg Meßing-Köln und andere mehr sprechen in demselben Sinne.

Eine weitere Anzahl Redner geben noch breite Schilderungen der Verhältnisse und Erfolge, die die Bewegung 1910 den Zimmerern brachte. Doch geht aus der ganzen Debatte klar hervor, daß die Zimmerer die Forderung der Lohnerhöhung und des Wider nicht scheuen, die der Kampf erfordert.

Nachdem 19 Redner zu diesem Punkt gesprochen, wird durch Schlußantrag die Debatte beendet.

— Eine Resolution, die dem Vorstand zu seiner Haltung in der Tariffrage seine Zustimmung ausdrückt und die Stärkung der Organisation wünscht, um den Internationismus gefördert gegenüber zu stehen, findet einstimmige Annahme.

Redner wird durch Schluß gesprochen, daß die Einschaltarbeit tariflich zu erfüllen und zu zahlen ist.

Redner wird zum Ausdruck gebracht, daß die Generalversammlung nichts gegen die Aufnahme des Pelangewerbes in das Tarifverhältnis einzuwenden hat, wenn für die Einkalungsarbeit am Wetabend Löhne festgelegt werden, die nicht geringer sind als die Löhne der Zimmerer.

Der Abschluß von Verträgen, in welchen für Einkalungsarbeiten geringere Löhne als im Tarifvertrag festgelegt werden sollen, sind abzulehnen. — Angelernte Zimmerer (Einschalter) sind im Zimmerverband zu organisieren.

Ueber den Stand des Bauarbeiterführers berichtete G. S. S. Berlin, Sekretär der Bauarbeiterführer-Kommission. Redner schilderte, wie der Bauarbeiterführer immer noch außer Acht gelassen ist, trotz dessen Fortschritt, die die Bauarbeiterführer in den Vertragsparteien und Arbeiter gemacht habe. Heute erbat er seine Ausführungen über die feindliche Stellung zum Bauarbeiterführer durch Vorkommnisse, die sich im preußischen Landtag abgepielt haben. Seine insinuitiven Ausführungen fanden lebhaften Beifall.

Darauf wird die Sitzung auf Mittwoch vertagt.

Gewerkschaftliches.

Polizei und Streikpostenfahrt.

Der Bezirksausschuß von Arnberg hatte die Frage zu entscheiden, ob eine Polizeibehörde berechtigt sei, durch eine Verfügung einem Staatsbeamten generell das Streikpostenfahrt zu verbieten, wenn der Beamte durch Streikpostenfahrt betrautet. Obwohl diese Frage lang in den verchiedenen höchstinstanzlichen Gerichten verneint ist — die preußische Polizei und Justiz billigt sich bekanntlich damit, daß sie es in das subjektive Empfinden des einzelnen Polizeibeamten stellt, ob der Verkehr durch einen Streikposten gefährdet wird oder gefährdet werden könnte, so hat der Reichsgericht in Arnberg abgeurteilt. Es wurde dem Kläger bei der Unterinstanzung geklagt, er möge sich an das Oberverwaltungsgericht wenden.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 6. Februar 1913.

Die neueste Fleischversorgung der Städte.

Die Beratungen der hiesigen Landwirtschaftskammer über die Vermittlung der direkten Beschaffung der Agrarier an die Städte unter völliger Aufhebung der Aufkäufer und Großhändler haben einen weiteren Schritt gezeigt. Der Plan, den Jüngern ein gutes Geschäft durch dauernden Absatz bei guten Preisen zu sichern, ist zu verwerfen. Die Oberjunker haben deshalb in Berlin (schleunigst) die Köpfe zusammengelegt, um zu sehen, was sich da herausfinden läßt. Ein Telegramm aus Berlin besagt:

In einer Konferenz der Vorstände der preussischen Landwirtschaftskammern wurde auch über die Schweinefleischverrichtungen zu festen Preisen an die Städte verhandelt.

Man sich in dieser Schweinefleischkonferenz einig geworden, so würde einer der schönsten Kränze des Oberbürgermeisters Rade seiner Erfüllung entgegengehen. Er hat es schon vor einem halben Jahre als einzige Lösung der Versorgungsfrage bezeichnet, daß Städte und Landwirte in direktem Verkehr miteinander treten. Kommt das Geschäft zustande, dann haben die Agrarier allen Grund, Nie wieder um — Minister vielleicht gleich zum Landwirtschaftsminister zu machen, womit dann endlich sein sehnlichster Wunsch erfüllt würde.

Für die Bevölkerung hat, wie wir schon wiederholt bemerkt, dieser Plan den Nachteil, daß mit dem Augenblick, in dem das russische Fleisch durch die Landwirtschaftskammerleistungen verdrängt ist, die Jünger wieder völlige Konkurrenz-Ausbeutung gegenüber den Konjumenten haben. Würde Herr Rade nicht nach der Rade der Agrarier gehen, würde er vielmehr sich nicht scheuen, diese oben Staatsbürger vor den Wand zu locken, selbst auf die Gefahr hin, daß er ein Minister würde, so wäre es einen weit sicheren Plan der städtischen Fleischversorgung durchzuführen. Und das ist der Plan der Stadt Frankfurt a. M. die Schlachtviehzucht in eigene Regie zu nehmen. Diese Ansicht ist bis zu einer Vorlage des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung getrieben. In dieser Vorlage hebt der Magistrat die Bedeutung des Versuches hervor. Es heißt da: „Fäll er (der Versuch) günstig aus, so kann er für die Fleischversorgung der Bevölkerung von großer Tragweite werden. Fäll er ungünstig aus, so werden diejenigen damit zu rechnen haben, welche der Ansicht sind, daß auf diese Weise die Fleischversorgung der Bevölkerung gefördert oder gar sichergestellt werden kann.“

Nach der Vorlage stellt der Kreis Weizberg und Westermald eine Fettviehwiehe von 70 Wotzen her. Die Stadt Frankfurt a. M. erhält das Recht, im Jahre 1914/20, in den folgenden Jahren jährlich 40 Stück Vieh aufzuzüchten. Das Vieh geht die Stadt, die auch das Vieh für die Tiere trägt. Für den Erfolg des Viehwirtschafts übernimmt der Kreis das Risiko. Er erhält nur für die Tiere, die innerhalb der Weideperiode schlachtbar werden, das auf 50 M. pro Stück vereinbarte Weidegeld. Die Weideperiode soll von Frühjahr bis Herbst mindestens 150 Tage umfassen. Die Kosten des gesamten Weidebetriebs trägt der Kreis. Er hat für Personal, herkömmliche Beschäftigung, Schutzgitter u. s. zu sorgen. Die Bestimmung über die Verwertung des Schlachtviehs steht ausschließlich der Stadt zu.

Dieser Plan ließe sich hier in Halle mit den Stadtjüngern oder den umfangreichen Terrains der Auen in der Umgebung der Stadt noch weit großzügiger durchführen als in Frankfurt. Vielleicht macht die Stadtverwaltung neben der Propaganda für die Schweinefleischverträge, sich auch nach an diesen Versuch der Rindviehzucht heran. Er wäre des Schmeißes eines — Oberbürgermeisters wert.

Mehr Rüdgrat.

In unserem Hannoverischen Parteiklub finden wir folgende, auch für Halle sehr beachtenswerte Ausführungen:

„Es kommt nicht sehr bedauerliche Ausprägungen und erbittert über die Art und Weise Klagen, wie sie von dem Unternehmer oder irgendwelchen Beamten behandelt werden. Im Anschluß daran wird eine öffentliche Klage von dem Arbeiterbevollmächtigten. Auf die Frage, was denn derjenige, der von seinem Arbeitgeber oder Vorgesetzten grob und beleidigend behandelt wurde, demgegenüber getan habe, erwidert nicht selten die Antwort: Nichts! Das ist ein erheblicher Mangel an Selbstbewußtsein. Gewiß sollten die unangenehm Behandelten nicht etwa wieder schimpfen oder in der Erregung zu irgendeiner Unbesonnenheit sich hinsetzen lassen, damit sehen sie sich lediglich als Unrecht und haben sich unter Umständen meistens noch empfindlich. Aber sie hätten die Pflicht, sich eine ungeschickliche Behandlung auf der Stelle ernstlich zu verbitten.“

Mangel an Rüdgrat ist es auch, wenn ein Arbeiter Mißstände in einem Betriebe erst dann entdeckt, wenn er diesen aus irgendeiner: Grunde schon verlassen hat. Wer den Mut zur Kritik erst dann findet, wenn er den kritisierten Zuständen entronnen ist, bringt sich sehr leicht in den Verdacht, daß der Zweck seines Zuges nicht die Abhilfe der geringsten Zustände, sondern Rache ist. Jeder, insbesondere der organisierte Arbeiter, hat die Pflicht, die Befreiung großer Mißstände sofort anzustreben, sobald er davon Kenntnis erhält. Das Arbeiterblatt kann und soll zur Kritik in der Öffentlichkeit erst dann in Anspruch genommen werden, wenn andere Mittel nicht angewandt werden können oder versagt haben. Auf keinen Fall darf es benutzt werden, daß Verärgerte an einem Unternehmer oder Vorgesetzten ihr Mitleid kühlen.“

Mehr Rüdgrat ist ferner zu fordern gegenüber dem Verstreben der Unternehmer, die Arbeiterkraft durch direkte oder indirekte Anwendung von Zwangsmitteln in die Organisation fernzuhalten. Wenn irgendein Dreizehntelmalige der Organisation fernbleibt, ist das nicht verwerflich, ihm kann man durch seine großen Vorwurf machen; wenn aber vollkräftige tüchtige Arbeiter im besten Alter sich aus angestrichelter Rücksichtnahme und in der Befürchtung, dem Unternehmer könnte das nicht willkommen sein, der Organisation fernbleiben, so ist das eine Angstermeierei, die hat an demmerlichst grenzt. Der jetzt so modern gewordene Vorbehalt, daß man ja doch — denken kann, was man

Wahalla-Theater

Täglich abends 8 Uhr:

Autoliebchen:

Große Poesie in 3 Akten v. Kren u. Schönfeld.
Musik von Jean Gilbert.

Gesangsschüler:
Autoliebchenwälder. — Zwei Klöp. — Versuchs doch mal! — Fräulein, können Sie linksrum tanzen? — Das haben die Mädchen so gerne. — Im Lustgarten ist Frei-Konzert. — Die Polizei frägt was dabei. Überall ausverkaufte Häuser! Überall Bombenerfolg! Bedenkend verstärktes Orchester. Gewöhnliche Preise.

Morgen **Maskenball** unter Mit-Freitag: gesamt. Autoliebchen-Künstler-Gesellschaft.

Einlass u. Besichtigung 6 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende ??
Eintritt nur im Kostüm oder Geschäftsanzug.
Bretze 3 Loge 5, ganz Loge 20, II. Rang (Zuschauer) 1 Mk.
Vorverkauf: Herren 3, Damen 1 Mk., bei Steinbrocher & Jasper, Markt, Welsch, Biebeckplatz u. L. Wachauerstr., P. Grimm, Bernburgerstr. sowie b. Haasenstein & Vogler, Gr. Ulrichstr. 63, I.
Elegante Damenmasken erhalten freien Eintritt.

Volkspark

Sonnabend, 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Grosses Geldpreis-Skaten.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Geschäftsleitung.

Sozialdemokratischer Verein Halle-Saalkreis, Distrikt Seeben-Gutenberg.

Sonntag den 9. Februar abends 8 Uhr findet in dem Lokal des Herrn Richter, „Gaißhaus zu Seeben“ unter

Winter-Vergnügen

bestehend aus
Theater, humoristischen Vorträgen und BALL.
Eintritt 7 Uhr. Eintritt 7 Uhr.

Die Mitglieder und deren Angehörige werden erlucht sich dazu recht zahlreich einzufinden. Das Fest-Komitee.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Zahlstelle Deitzsch. *2142

Sonntag den 9. Februar or., abends 8 Uhr, im „Lindenhof“:

Kappen-Ball.

Hierzu ladet freundlichst ein Das Komitee.

Brauerei- u. Mühlenarbeiter-Verband, Merseburg

Sonntag den 2. Februar abends 8 Uhr im Saale der Kaiser Wilhelm-Halle

Gr. Winter-Vergnügen

unter Mitwirkung der Floria-Sänger, Halle.
Nachdem: **BALL mit Ueberrassungen.**
Programme im Vorverkauf in den Verkaufsstellen und im Lokal. *2140 Das Komitee.



Markttaschen

von 20 Pf. an.

Hugo Nehab

Nacht jetzt

Gr. Ulrichstr. 3

(früher „Neues Theater“).
Auf Firma und Hausnummer bitte genau zu achten.
Mitglied des Rab.-Spar-Ver.
5-4-18. 6036

Für die Herren Gastwirte:
Einladungskarten

zu
Narrenabenden,
Röckbierfesten,
Familien-Abender
Schlachte-Festen.

Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung.

Roßschlächterei

Artur Holland, Torstrasse 43.
Telephon 3171.

Prima Robfleisch

à Pfd. 40 u. 45 Pf.
Lende und Leber, Pfd. 55 Pf.
6029 Von heute ab:
Kebes- und Rotwürst (polnisch).
6024

Die besten Geräte für Pumpen,
Sonden, Filtern, Misch- u. Feder-
Sirt, alle Zeitungen, Journale etc.
sollt 6024

A. Samuel, Alter Markt 7.

Irrigatoren,

Irrigatorische,
Irrigator-Garnituren,
Clysoomp., mod. Irrigatorenspritzen,
— Damenbedienungs. —
F. Hellwig, Halle a. S.,
Barthstrasse 10.
Postzuf. 2020. Geogr. 1881. *11229

Englischer Hof,

Grosser Berlin.
Sonnabend, den 8. Februar:
Gr. Schlachtfest

verbunden mit **Der Bockbier-Rummel.** Zum Ausschank
gelange das exquisite **Riebeck-Bock.** 6040
Freundlichst ladet ein **Hugo Seydewitz.**

„Restaurant zur Eiche“, Eichendorffstr. 25.
Freitag den 7. Februar: 6037

Schlachtfest.

Früh 9 Uhr Wellfleisch.
Abends diverse frische Wurst und Suppe.
Hierzu ladet freundlichst ein **Familie Kaiser.**

Sonnabend den 8. ds. Mts.:

Grosser Preis-Skat,

wozu ergebenst einladet 6081

Wilhelm Vogel, Gastwirt, Trothaerstr. 42.

Vergnügungs-Verein der Arbeiter der Halleschen Röhrenwerke.

Sonnabend, d. 8. Februar, abds. 8 Uhr,
im „Goldenen Hirsch“, Leipzigerstrasse:
Masken-Ball.

wozu freundlichst einladet **Der Vorstand.**
Karten sind bei d. Vorstandsmitgliedern E. Koch,
Wormlitzerstr. 96, C. Heancke, Ludwigstr. 22,
H. Urlaub, Dryanderstr. 31, sowie an d. Abendkasse zu haben.

Osendorf.

Restaur. zur Erholung

Sonnabend und Sonntag, den 8. und
9. Februar or.:

Gr. Bockbierfest mit Speckkuchen.

*2139
Für humoristische Unterhaltung ist bestens geforgt.
Es laden freundlich. ein **Wilhelm Engelmann u. Frau.**

Zentral-Verband der Zimmerer, Zahlstelle Merseburg.

Sonnabend, 8. Februar, abends 8 Uhr
in der „Kaffee-Wilhelmschänke“ *2137

VERGÜGEN.

Hierzu ladet freundlichst ein **Der Vorstand.**

Maldiva

die Zigarette des Kenners,
in der Preislage von
2 bis 10 Pfennigen.

2519 Zu haben
in Zigarren-Spezial-Geschäften.

Makulatur

zu haben in der **Gesellschafts-Buchdr. Novel.**

Alleerfeinste
Braunschw. Mettwurst Pfd. 118 Pf.
la. Schinkenspeck Pfd. 118 Pf.
Frischer Schmeer Pfd. 78 Pf.
kerniger
Freitag Sonnabend:
Feinsten, mildgewolzenen
Cassler Rippespeer Pfd. 98 Pf.
F. H. Krause. 18
Filialen.

Stadt-Theater

in Halle a. S.
Direktion: Geh. Hofrat L. Bohardt.
Freitag den 7. Februar 1913:
150. Abnomm.-Vorh. 2. Viertel.
Schillerkarten Mk. 1.30 (einschl.
Nacht, Billetsteuer u. Garberbeste-
geb) an der Tages- u. Abendkasse.

Othello,

der Mohr von Venedig.
Trauerspiel in 5 Akten
von W. Shakespeare.
Raufführung 7 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Ende 10 1/4 Uhr.

Sonnabend den 8. Febr. 1913:
151. Abnomm.-Vorh. 3. Viertel.
Die Fledermaus.
Opérette in 5 Akten
von Joh. Strauß.

Apollo-Theater.

Täglich abends 8 1/2 Uhr:
Gastspiel des Theaters am
Hofendorffplatz in Berlin.

Kismet.

Ein Traum 6032
aus 1901 Nachd.
Ausstattungsstück i. 1. Vorpiel
u. 9 Bildern von K. Lindau,
Musik von G. Strakos.
**Über 100 mit-
wirkende Personen.**
Die Drei Saganischen
u. Glanzreichen Fänge der
englischen
8 Jackson-Girls.

Reste

6045 von

Möbelcrepe u. Künstlerstoffen
Schürzenzeugen
Kleider- u. Blusenstoffen
Velours u. Barchenten
Halbleinen u. Hemdentuchen
zu **spottbilligen Preisen.**

S. Sommer,
16 Brüderstr. 16.

Unsere Riesen-Umsatz verdanken wir der hervorragenden
Ware, die wir zu **billigen Preisen** liefern.
Aus heute eingetroffenem Waggon:

9000 Pfund Kabeljau

ohne Kopf Pfd. 17 Pf.
Seelachs ohne Kopf Pfd. 19 Pf.
Karbonaden brautfertig Pfd. 27 Pf.
Bratschellfisch Pfd. 28 Pf. Austernfisch-
Scholle mittel, Pfd. 45 Pf. Koteletten Pfd. 60 Pf.
Schellfisch ohne Kopf, Pfd. 45 Pf. Flusszander Pfd. 115 Pf.
Kopffleischiger **Flusslachs** i. Anfertigung Pfd. 120 Pf.
Berner sehr preiswert: 6044

Hochfeine Ostsee-Sprossen Pfd. 68 Pf.
Doppelfische nur **83 Pf.**

Echte Kieler Sprossen 2 Pfd.-Stk. nur
ausgewogen 1/4 Pfd. 20 Pf., 1/2 Pfd. 35 Pf.

Deutsche Dampffischerei-Ges. „Nordsee“.
Telephon 3783 und 1275.

Rosfleisch.

Diese Woche wieder fl.
Altes Schinken wie bei keinem nur delikates!

A. Thurm,
Reilstrasse 10. 2513

Langnese- u. Leibniz- Biskuits

empf. stets frisch
zu Originalpreisen
Bretterstraße 1, 6039
Carl Boock, Martplatz, I. Barm.
u. Leipzigerstraße 61/62.

Eisenbahn-Plüschabfälle,

Trockenfelle, gebr. Leder und
sonstige Materialien zur Pantoffel-
fabrikation verk. billig *2175
Alter Markt 11.
J. Sternlicht, Gold. Retze. Tel. 1946.

Für **Schuhmacher
Schleuderabfälle** etc.
großen Sorten, gibt billig ab
J. Sternlicht, Alter Markt 11.

Hasen! Kaninchen!
An bester Qualität, empfiehlt *146
Walter Raas, Jungferstr. 27.

Freitag **Schlachtfest.**
G. Gorig, Trinit. 28.

Freitag: 2514
Schlachtfest.
H. Stumm, Straße 6.

Freitag 2518
Schlachtfest.
Fr. Peters,
Blumenhofstraße 27.

Merseburg.
*779 Heute Freitag
Schlachtfest
bei Rich. Tepper, Neumarkt 45.

tröben sie einverstanden wurden, weshalb schließlich genehmigt worden. Schließlich wurde das Verbot aufgegeben und auch erstmalig in Deutschland der Versuch gemacht, doppelte amerikanische Arbeitsverträge auszuführen. Infolge der Streikbewegung der Weimarer Republik und der Konkurrenz der ausländischen Arbeiter leisteten. Das letzte durchgeführte Gesetz für unsere Verhältnisse war im Jahre 1912. Im Jahre 1912 ist unsere Weimarer Zeit abgebrochen und es ist nur durch kräftige Unterstützung und große Umsicht erst später wieder aufzuheben.

Verkehr. Die Aufnahme der schulpflichtigen Kinder des Seminarbezirks findet am Donnerstag, den 2. Februar, nachmittags von 3-4 Uhr, im Seminargebäude (Zimmer Nr. 19) statt. Zutritt ist mitzubringen. Der Bezirk umfasst alle Straßen westlich der Einheitsstraße bis zur Hauptstraße (einschließlich) und der Leichterstraße (einschließlich).

Quersport. Opfer der Arbeit. Am Dienstag verunglückten durch Einwirkung einer Holzbohle im Abraum der Quersport Kalkbrennerei die beiden Arbeiter Antle und seine von der Sägem. Beide wurden in das heilige Grab und demnächst in die Erde versetzt. Die Ursache des Unglücks wird nach dem Bericht noch nicht bekannt. Die beiden Arbeiter waren in der Arbeit sehr beschäftigt. Die beiden Arbeiter waren in der Arbeit sehr beschäftigt. Die beiden Arbeiter waren in der Arbeit sehr beschäftigt.

Mädchen. Die Radfahrerinnen nie vergessen. Diese Mahnung kann nicht oft genug erfolgen. Der Grubenarbeiter Reinhold Kausch von hier wurde in Wödringen, als er auf dem erhöhten Barockturm, vom Gemeindevorstand gehalten. Da er keine Karte bei sich hatte, auch seinen Namen nicht nennen wollte, wurde er vom Wächter festgehalten und schließlich in die Arrestzelle gebracht. Er wurde nach dem Verhör freigelassen, da er keine Karte bei sich hatte, auch seinen Namen nicht nennen wollte, wurde er vom Wächter festgehalten und schließlich in die Arrestzelle gebracht.

Weg. Eine noch mehr als die übliche Kritik. Der sogenannte Grubenarbeiter Reinhold Kausch von hier wurde in Wödringen, als er auf dem erhöhten Barockturm, vom Gemeindevorstand gehalten. Da er keine Karte bei sich hatte, auch seinen Namen nicht nennen wollte, wurde er vom Wächter festgehalten und schließlich in die Arrestzelle gebracht.

Waffen. Vom 10. Januar. Wie bekannt, steht die heilige Arbeiterschaft seit zehn Wochen im Vollkampf, und noch immer ist es nicht gelungen, das heilige Grab zu erhalten. Die heilige Arbeiterschaft steht seit zehn Wochen im Vollkampf, und noch immer ist es nicht gelungen, das heilige Grab zu erhalten.

Waffen. Vom 10. Januar. Wie bekannt, steht die heilige Arbeiterschaft seit zehn Wochen im Vollkampf, und noch immer ist es nicht gelungen, das heilige Grab zu erhalten.

Waffen. Vom 10. Januar. Wie bekannt, steht die heilige Arbeiterschaft seit zehn Wochen im Vollkampf, und noch immer ist es nicht gelungen, das heilige Grab zu erhalten.

Waffen. Vom 10. Januar. Wie bekannt, steht die heilige Arbeiterschaft seit zehn Wochen im Vollkampf, und noch immer ist es nicht gelungen, das heilige Grab zu erhalten.

Waffen. Vom 10. Januar. Wie bekannt, steht die heilige Arbeiterschaft seit zehn Wochen im Vollkampf, und noch immer ist es nicht gelungen, das heilige Grab zu erhalten.

Waffen. Vom 10. Januar. Wie bekannt, steht die heilige Arbeiterschaft seit zehn Wochen im Vollkampf, und noch immer ist es nicht gelungen, das heilige Grab zu erhalten.

Waffen. Vom 10. Januar. Wie bekannt, steht die heilige Arbeiterschaft seit zehn Wochen im Vollkampf, und noch immer ist es nicht gelungen, das heilige Grab zu erhalten.

Waffen. Vom 10. Januar. Wie bekannt, steht die heilige Arbeiterschaft seit zehn Wochen im Vollkampf, und noch immer ist es nicht gelungen, das heilige Grab zu erhalten.

Waffen. Vom 10. Januar. Wie bekannt, steht die heilige Arbeiterschaft seit zehn Wochen im Vollkampf, und noch immer ist es nicht gelungen, das heilige Grab zu erhalten.

Verwaltung dieser Angelegenheit. In unsern Stadtrat ist ein Antrag der Stadtverwaltung eingegangen, dass die nicht nur vor dem Magistrat, sondern auch vor dem Regierungspräsidenten keine Furcht haben. Mit 20 Stimmen, also nahezu einstimmig, wurde beschlossen, von der Wiedereröffnung der Fortbildungsschule abzugeben und den städtischen Schulrat mit dem Magistrat zu beauftragen, die Fortbildungsschule in die Hände der Regierung zu übergeben.

Verwaltung dieser Angelegenheit. In unsern Stadtrat ist ein Antrag der Stadtverwaltung eingegangen, dass die nicht nur vor dem Magistrat, sondern auch vor dem Regierungspräsidenten keine Furcht haben. Mit 20 Stimmen, also nahezu einstimmig, wurde beschlossen, von der Wiedereröffnung der Fortbildungsschule abzugeben und den städtischen Schulrat mit dem Magistrat zu beauftragen, die Fortbildungsschule in die Hände der Regierung zu übergeben.

Verwaltung dieser Angelegenheit. In unsern Stadtrat ist ein Antrag der Stadtverwaltung eingegangen, dass die nicht nur vor dem Magistrat, sondern auch vor dem Regierungspräsidenten keine Furcht haben. Mit 20 Stimmen, also nahezu einstimmig, wurde beschlossen, von der Wiedereröffnung der Fortbildungsschule abzugeben und den städtischen Schulrat mit dem Magistrat zu beauftragen, die Fortbildungsschule in die Hände der Regierung zu übergeben.

Verwaltung dieser Angelegenheit. In unsern Stadtrat ist ein Antrag der Stadtverwaltung eingegangen, dass die nicht nur vor dem Magistrat, sondern auch vor dem Regierungspräsidenten keine Furcht haben. Mit 20 Stimmen, also nahezu einstimmig, wurde beschlossen, von der Wiedereröffnung der Fortbildungsschule abzugeben und den städtischen Schulrat mit dem Magistrat zu beauftragen, die Fortbildungsschule in die Hände der Regierung zu übergeben.

Verwaltung dieser Angelegenheit. In unsern Stadtrat ist ein Antrag der Stadtverwaltung eingegangen, dass die nicht nur vor dem Magistrat, sondern auch vor dem Regierungspräsidenten keine Furcht haben. Mit 20 Stimmen, also nahezu einstimmig, wurde beschlossen, von der Wiedereröffnung der Fortbildungsschule abzugeben und den städtischen Schulrat mit dem Magistrat zu beauftragen, die Fortbildungsschule in die Hände der Regierung zu übergeben.

Verwaltung dieser Angelegenheit. In unsern Stadtrat ist ein Antrag der Stadtverwaltung eingegangen, dass die nicht nur vor dem Magistrat, sondern auch vor dem Regierungspräsidenten keine Furcht haben. Mit 20 Stimmen, also nahezu einstimmig, wurde beschlossen, von der Wiedereröffnung der Fortbildungsschule abzugeben und den städtischen Schulrat mit dem Magistrat zu beauftragen, die Fortbildungsschule in die Hände der Regierung zu übergeben.

Verwaltung dieser Angelegenheit. In unsern Stadtrat ist ein Antrag der Stadtverwaltung eingegangen, dass die nicht nur vor dem Magistrat, sondern auch vor dem Regierungspräsidenten keine Furcht haben. Mit 20 Stimmen, also nahezu einstimmig, wurde beschlossen, von der Wiedereröffnung der Fortbildungsschule abzugeben und den städtischen Schulrat mit dem Magistrat zu beauftragen, die Fortbildungsschule in die Hände der Regierung zu übergeben.

Verwaltung dieser Angelegenheit. In unsern Stadtrat ist ein Antrag der Stadtverwaltung eingegangen, dass die nicht nur vor dem Magistrat, sondern auch vor dem Regierungspräsidenten keine Furcht haben. Mit 20 Stimmen, also nahezu einstimmig, wurde beschlossen, von der Wiedereröffnung der Fortbildungsschule abzugeben und den städtischen Schulrat mit dem Magistrat zu beauftragen, die Fortbildungsschule in die Hände der Regierung zu übergeben.

Verwaltung dieser Angelegenheit. In unsern Stadtrat ist ein Antrag der Stadtverwaltung eingegangen, dass die nicht nur vor dem Magistrat, sondern auch vor dem Regierungspräsidenten keine Furcht haben. Mit 20 Stimmen, also nahezu einstimmig, wurde beschlossen, von der Wiedereröffnung der Fortbildungsschule abzugeben und den städtischen Schulrat mit dem Magistrat zu beauftragen, die Fortbildungsschule in die Hände der Regierung zu übergeben.

Verwaltung dieser Angelegenheit. In unsern Stadtrat ist ein Antrag der Stadtverwaltung eingegangen, dass die nicht nur vor dem Magistrat, sondern auch vor dem Regierungspräsidenten keine Furcht haben. Mit 20 Stimmen, also nahezu einstimmig, wurde beschlossen, von der Wiedereröffnung der Fortbildungsschule abzugeben und den städtischen Schulrat mit dem Magistrat zu beauftragen, die Fortbildungsschule in die Hände der Regierung zu übergeben.

Verhandlungsberichte.

Die Generalversammlung der Damp- und Eisenbahnarbeiter und Arbeiterinnen am 25. Januar wurde von circa 100 Mitgliedern besucht und nahm die Geschäfts-, Kassen-, Quartals- und anderen Berichte entgegen. Die Abrechnung vom letzten Quartale der Kassiererin, die Einnahme betrug 400,00 M., die Ausgaben 320,00 M., an die Hauptkasse wurden 470,00 M. gezahlt. Der Mitgliederbestand betrug 290, davon 228 weibliche und 62 männliche. Einträglich wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Den Jahres- und Monats-Kassenberichten gab Kollege Müller. Der Geschäfts- und Kassenbericht gab der Kassiererin Kol. Scheide. Die Generalversammlung wurde durch die Verhandlung der Unternehmungen, waren folgende: Arbeitslosen-107,50 M., Kranen-490,85 M., Abdominierenunterstützung 300,- M., Rechtschutz 265,50 M., für Agitation und sonstige Ausgaben 927,10 M. Die Geschäftsausgaben in 10 Mitgliedsberaternummern, 10 Vorstands-, 12 Vertrauens- und Funktionärsleistungen erfordern. Außerdem fanden fünf außerordentliche und eine öffentliche Generalversammlung, 2 kombinierte Sitzungen mit den Buchbindern, 3 Tarifgesprächssitzungen, 4 Quartals- und 2 Monatsrevisionen, 2 Sitzungen des Agitationskomitees. Der schriftliche Bericht verzeichnete an Eins- und Ausgaben 155 Karten, 34 Briefe, 62 Feste, 1417 Drucksachen. Die Verwaltung mußte in 29 Punkten vorberichten; davon entfielen 8 auf die Druckerzeugnisse, welche den Tarif nicht zählten. In den übrigen Punkten wurden die Differenzen, welche zwischen Personal und Geschäftsleitung ausbrachen, größtenteils zu unseren Gunsten beigegeben. Der Nachweis wurde von 11 männlichen und 99 weiblichen Mitgliedern benutzt, davon vermittelte 3 männliche und 67 weibliche. Selbstleistungen fanden 100,00 M., die übrigen 100,00 M. durch die Mitglieder. Die Verhandlung wurde durch die Verhandlung der Unternehmungen, waren folgende: Arbeitslosen-107,50 M., Kranen-490,85 M., Abdominierenunterstützung 300,- M., Rechtschutz 265,50 M., für Agitation und sonstige Ausgaben 927,10 M. Die Geschäftsausgaben in 10 Mitgliedsberaternummern, 10 Vorstands-, 12 Vertrauens- und Funktionärsleistungen erfordern. Außerdem fanden fünf außerordentliche und eine öffentliche Generalversammlung, 2 kombinierte Sitzungen mit den Buchbindern, 3 Tarifgesprächssitzungen, 4 Quartals- und 2 Monatsrevisionen, 2 Sitzungen des Agitationskomitees. Der schriftliche Bericht verzeichnete an Eins- und Ausgaben 155 Karten, 34 Briefe, 62 Feste, 1417 Drucksachen. Die Verwaltung mußte in 29 Punkten vorberichten; davon entfielen 8 auf die Druckerzeugnisse, welche den Tarif nicht zählten. In den übrigen Punkten wurden die Differenzen, welche zwischen Personal und Geschäftsleitung ausbrachen, größtenteils zu unseren Gunsten beigegeben. Der Nachweis wurde von 11 männlichen und 99 weiblichen Mitgliedern benutzt, davon vermittelte 3 männliche und 67 weibliche. Selbstleistungen fanden 100,00 M., die übrigen 100,00 M. durch die Mitglieder.

Verwaltung dieser Angelegenheit. In unsern Stadtrat ist ein Antrag der Stadtverwaltung eingegangen, dass die nicht nur vor dem Magistrat, sondern auch vor dem Regierungspräsidenten keine Furcht haben. Mit 20 Stimmen, also nahezu einstimmig, wurde beschlossen, von der Wiedereröffnung der Fortbildungsschule abzugeben und den städtischen Schulrat mit dem Magistrat zu beauftragen, die Fortbildungsschule in die Hände der Regierung zu übergeben.

Verwaltung dieser Angelegenheit. In unsern Stadtrat ist ein Antrag der Stadtverwaltung eingegangen, dass die nicht nur vor dem Magistrat, sondern auch vor dem Regierungspräsidenten keine Furcht haben. Mit 20 Stimmen, also nahezu einstimmig, wurde beschlossen, von der Wiedereröffnung der Fortbildungsschule abzugeben und den städtischen Schulrat mit dem Magistrat zu beauftragen, die Fortbildungsschule in die Hände der Regierung zu übergeben.

Verwaltung dieser Angelegenheit. In unsern Stadtrat ist ein Antrag der Stadtverwaltung eingegangen, dass die nicht nur vor dem Magistrat, sondern auch vor dem Regierungspräsidenten keine Furcht haben. Mit 20 Stimmen, also nahezu einstimmig, wurde beschlossen, von der Wiedereröffnung der Fortbildungsschule abzugeben und den städtischen Schulrat mit dem Magistrat zu beauftragen, die Fortbildungsschule in die Hände der Regierung zu übergeben.

Verwaltung dieser Angelegenheit. In unsern Stadtrat ist ein Antrag der Stadtverwaltung eingegangen, dass die nicht nur vor dem Magistrat, sondern auch vor dem Regierungspräsidenten keine Furcht haben. Mit 20 Stimmen, also nahezu einstimmig, wurde beschlossen, von der Wiedereröffnung der Fortbildungsschule abzugeben und den städtischen Schulrat mit dem Magistrat zu beauftragen, die Fortbildungsschule in die Hände der Regierung zu übergeben.

Verwaltung dieser Angelegenheit. In unsern Stadtrat ist ein Antrag der Stadtverwaltung eingegangen, dass die nicht nur vor dem Magistrat, sondern auch vor dem Regierungspräsidenten keine Furcht haben. Mit 20 Stimmen, also nahezu einstimmig, wurde beschlossen, von der Wiedereröffnung der Fortbildungsschule abzugeben und den städtischen Schulrat mit dem Magistrat zu beauftragen, die Fortbildungsschule in die Hände der Regierung zu übergeben.

NESTLE
Allwahrige Nahrung
für Kinder und Kranke
1904